

schritten, wenn wir die Heiligung der Welt, vor allem unseres Nächsten in unsere Prüfung einbeziehen. So wie Jesus sich unser angenommen hat, sollen auch wir uns unseres Nächsten, in unsere Prüfung einbeziehen. So wie Tun wir das immer, denken wir überhaupt daran? Der ganze Bereich der vielen Unterlassungssünden zum Heile unseres Nächsten bedarf immerfort einer gewissenhaften Durchleuchtung. Darum erfordert die Übung im Erkennen unserer Mängel, der moralischen sowohl wie der Mängel an Heilandsliebe, den Bußakt einer öffentlichen Reue vor dem Priester, der Christus, die Kirche und die christliche Gesellschaft vor uns vertritt. Darin äußert und betätigt sich auch die vielberufene Mündigkeit der Christen, daß sie selbständig in der Gottes- und Nächstenliebe werden und das Bußgericht zu ihrer Stärkung gerne suchen, ehe eine äußere Pflicht sie dazu nötigt. Unsere Bischöfe sagten im Fastenhirtenbrief des vorigen Jahres, worin sie zur häufigen Beichte mahnten, wir sollten das Bußsakrament „in wahrer Verdemütigung empfangen. Wer dieser Mahnung nachkommt, ergreift ein wirksames Schutzmittel gegen das so gefährliche, zunächst fast unmerkliche, allmähliche Abgleiten in den praktischen Materialismus“ (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 278), das ist aber in den Götzendienst der vielen Süchte des Genießenwollens auf Kosten unseres geistlichen Wohles und meist auch auf Kosten unserer Nächsten. Die Beichte ist in erster Linie ein Glaubensakt, der uns immerfort fühlbar und vor einem Zeugen zu Gott, unserem Herrn, zurückruft und uns frei macht für die Liebe zum Nächsten. Die Selbstliebe ist eine furchtbare Macht. Man kann nicht genug tun, um sie zu läutern oder gar zu brechen. Wie sehr sie uns zu Gefangenen macht, erfährt der Christ, wenn er ernstlich daran geht, das Gnadenmittel des Bußsakraments zu gebrauchen.

3. Das Wichtigste an der Erkenntnis des Bußsakraments ist aber, daß wir unser Heil weder vom Ernst der Reue noch von der Festigkeit der unerläßlichen Vorsätze noch gar von den auferlegten Bußwerken erwarten. Das eigentliche und schwerste Bußwerk ist die Verdemütigung der Beichte selbst. Mancher meint, angesichts der „billigen Lossprechung“ und der meist leichten auferlegten Bußen, die in der Regel in Gebeten bestehen, sei auch die Beichte nicht so wichtig, sie sei gleichsam nur ein liturgischer Akt. Das ist sie freilich, aber dieser Akt hat seinen eigenen Ernst. Der Preis nämlich, der für die Lossprechung erlegt werden muß, ist außerordentlich teuer, Christus selbst hat ihn am Kreuz durch sein bitteres Leiden und Sterben bezahlt. Das auferlegte Bußgebet soll uns mit dieser einzig wirksamen Genugtuung, mit dem Opfer Christi, vereinen und den Zugang zur heiligen Kommunion öffnen, die am Ende jeder Beichte steht und am Anfang jedes neuen Lebens (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 1 f.). Damit ist unsere Schuld getilgt. Aber wer sich im Bußsakrament ganz mit der Opferliebe Jesu vereinen läßt, weiß auch, daß diese Liebe uns dazu treibt, die Folgen des von uns getanen Unrechts, so weit es irgend möglich ist, wieder gutzumachen, auch wenn uns der Priester nach der Lossprechung nicht im einzelnen vorschreibt, was da zu tun sei. Er kann das gar nicht vorschreiben, weil er diese Folgen unserer Sünden im einzelnen nicht übersieht. Das mit der Liebe Christi vereinte Gewissen findet, was zu tun ist. Und wenn es das nicht finden sollte? Nun, dann muß man sich wohl fragen, ob die Reue aus Liebe zu Gott, der auch der Vater unseres

Nächsten ist, und aus Scham über das Unheil, das wir dem Leibe Christi wie dem Nächsten zugefügt haben, nicht neu erweckt werden sollte, zum eigenen Heil und zum Heil der Kirche. Wie man Gottes Wort in der Heiligen Schrift nur durch häufige Betrachtung in seiner Tiefe erfaßt, so wird auch häufiges Beichten seine Früchte tragen. Wer nicht lernt, mit Christus im Bußsakrament zu sterben, wird nicht mit Ihm auferstehen. Das ist das österliche Heil der Buße.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die erwerbstätige Mutter und ihr Kind Die Herder-Korrespondenz berichtete im Juli vergangenen Jahres (10. Jhg., S. 472 ff.) über die Familie in der Bundesrepublik. Dabei wurde auch die knapp bemessene Freizeit vieler Männer und Frauen, besonders an den Werktagen, behandelt. Sowohl die Gründe für diese Tatsache wie die Folgen, die die Überlastung durch Familie und Beruf für den einzelnen wie die ihm Anvertrauten nach sich ziehen, konnten damals nur ungenügend dargelegt werden.

Eine neue, in der Zwischenzeit erschienene Untersuchung von Otto Speck (Kinder erwerbstätiger Mütter, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1956, 141 S.) ermöglicht es uns, zu dieser Frage wichtige Daten nachzutragen, darüber hinaus eines der wichtigsten sozial-pädagogischen Probleme, die sich heute in Deutschland stellen, sichtbar zu machen: die Auswirkungen mütterlicher Erwerbstätigkeit sowohl auf das Kind wie vor allem auch auf die verheiratete Frau und Mutter selbst.

Die Specksche Untersuchungsbasis ist verhältnismäßig schmal. Sie beschränkt sich allein auf den Münchener Raum. Hier wurden eine Schulerhebung und eine familienmonographische Untersuchung durchgeführt. Die Schulerhebung erfaßte 370 Kinder (Jungen und Mädchen) aus neun Volksschulklassen verschiedener Schulen. Sie bestand aus zwei Teilen: der Niederschrift eines Aufsatzes, in dem die Kinder erzählten, wie sie die Erwerbstätigkeit ihrer Mütter erleben, und der listenmäßigen Erfassung der familiären Lage und des schulischen Erscheinungsbildes sämtlicher Schüler. Die 115 familienmonographischen Untersuchungen wurden von qualifizierten Kräften durchgeführt. Sie hatten die Aufgabe, das horizontale Erscheinungsbild (der Schulerhebung) durch ein vertikales, in die Tiefe des Einzelfalles vorstoßendes zu ergänzen. Obgleich das Untersuchungsfeld — wie schon gesagt — relativ schmal war, hat die Specksche Untersuchung den Vorteil, ein überschaubares, weil begrenztes Feld wirklich durchgearbeitet zu haben. Da sich ihre Ergebnisse mit denen der modernen psychologisch-pädagogischen Forschung weitgehend decken, darf man ihnen, zumindest für den Bereich der deutschen Großstadt von heute, repräsentativen Charakter zuschreiben. (Außer den Ergebnissen von Speck hat Martha Krause-Lang in ihrem Referat vom 30. 9. 56 vor dem Zentralen Familienrat über die „Berufstätigkeit der Frau und Mutter“ die ergänzende Untersuchung von Hedwig Hermann, „Beiträge zur Problematik der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen“, München 1955, verarbeitet. Der Vortrag, der sich vor allem auch mit der Frage der Zustandsänderung und der Abhilfen befaßt, wurde im

„Zentralmitteilungsdienst“ des Familienbundes der deutschen Katholiken, Nr. 12 vom 30. 11. 56, in gekürzter Form veröffentlicht.)

Ausmaß und Formen mütterlicher Erwerbstätigkeit

Bereits 1907 waren 26,4 Prozent aller Frauen in Deutschland erwerbstätig; darunter befanden sich 46,2 Prozent verheiratete. Mütterliche Erwerbstätigkeit in diesem Ausmaß blieb nicht allein auf Deutschland beschränkt. Sie ist auch zu einer sozialen Gegebenheit geworden, wo die immer wieder angeführten Gründe für sie: schwierige soziale Verhältnisse, Kriegsfolgen usw. nicht zutreffen, so z. B. in Schweden und den Vereinigten Staaten. Genaue Zahlen über den Anteil der Verheirateten vom Gesamt der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung in der Bundesrepublik liegen nach Speck nicht vor. Im Sommer 1955 schätzte man diesen Anteil auf rund ein Drittel. Die Münchener Untersuchung, die im Gegensatz zu anderen Arbeiten den Begriff der Erwerbstätigkeit genau umreißt, kam zu folgenden Ergebnissen:

Von den 370 erfaßten Schülern hatten 194 Schüler eine erwerbstätige Mutter, das sind 52 Prozent. Im einzelnen arbeiteten davon 115 = 60 Prozent ganztätig außer Haus, 49 = 25 Prozent halbtätig außer Haus, 30 = 15 Prozent „häuslich“, d. h., sie waren im selben Haus erwerbstätig.

Warum arbeiten Mütter außer Haus?

In allen Untersuchungen ähnlicher Art (z. B. O. R. F. Maxson 1950 in Hessen, Achinger 1952 in Frankfurt, H. Thurnwald in Berlin und Schelsky/Wurzbacher, vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 477) wurde als Grund für die mütterliche Erwerbstätigkeit immer wieder entweder „soziale Notwendigkeit“ oder „Nichtnotwendigkeit“ im Sinne „persönlicher ökonomischer Selbständigkeit“ (Schelsky) genannt. Alle Untersuchungen, die aus den ersten Jahren nach 1945 stammen, kamen zu dem Schluß, die große Mehrzahl der Frauen und Mütter sei gezwungen, Geld zu verdienen, weil das Einkommen des Mannes nicht ausreiche bzw. ganz ausgefallen sei.

Demgegenüber stellt die Münchener Untersuchung fest: Von den 194 Schülern mit erwerbstätigen Müttern stammten 113 Schüler aus Vollfamilien, das sind 58 Prozent; 81 Schüler (= 42 Prozent) kamen aus strukturgestörten Familien. Klammert man diejenigen Fälle aus den gestörten Familien aus, die einen Ernährer aufweisen (Stiefvater), so ergibt sich, daß rund 31 Prozent aller Schüler erwerbstätiger Mütter keinen männlichen Ernährer haben. In allen diesen Fällen herrschte in den Familien wirtschaftliche Not.

Aus den vollletrigen Familien hingegen stammten 145 Schüler mit nicht erwerbstätigen Müttern, das sind 56 Prozent, und 113 Schüler mit erwerbstätigen Müttern, das sind 44 Prozent. „Das bedeutet, daß nahezu die Hälfte unserer Großstadtkinder, die an sich das Glück einer vollständigen Familie hätten, eine erwerbstätige Mutter aufweisen.“

Bei den Gründen für die Erwerbstätigkeit der Mütter unterscheidet die Untersuchung zwischen solchen wirtschaftlicher *Notwendigkeit*, die sehr weit gefaßt wird: Nötigung zur Sicherung des reinen Lebensunterhaltes, Bemühung um Sicherung der Schulbildung und Zukunft der Kinder, Notwendigkeit, die Lebensverhältnisse der Familie zu verbessern (Eigenheim bauen, Wohnung einrich-

ten, Anschaffung von Garderobe und Hausrat), und solche von *Wünschen*, die über wirtschaftliche Notwendigkeiten hinausgehen: Gelderwerb für übertriebene Lebenshaltung der Familie (Anschaffung eines Herrenzimmers), Gelderwerb für die Befriedigung der individuellen Ansprüche der Mutter (Kino, Theater, Geselligkeit), Verlangen nach einer Tätigkeit in einem außerhäuslichen Beruf (Intellektuelle, Fluchtsituation). Alle diese Motive, deren Übergänge häufig fließend sind, konnten auf Grund der familienmonographischen Erhebung festgestellt werden. Was waren nun die primären Gründe für die Erwerbstätigkeit der Mütter von insgesamt 102 vollletrigen Familien? Es lagen vor:

Wirtschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung des reinen Lebensunterhaltes bei 17 Müttern; Sicherung der Schul- und Berufsausbildung der Kinder bei 8 Müttern; Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung der Familien bei 42 Müttern. Zusammen 67 Mütter;

der über eine wirtschaftliche Notwendigkeit hinausgehende Wunsch nach einer übertriebenen Lebenshaltung der Familie bei 17 Müttern; Befriedigung egoistischer Bedürfnisse der Mutter bei 8 Müttern; Verlangen nach außerhäuslicher Tätigkeit bei 10 Müttern. Zusammen 35 Mütter.

Das Ergebnis bestätigt zunächst die bisherige Behauptung, daß die Mehrzahl der erwerbstätigen Mütter auf Grund einer Notsituation außer Haus arbeiten. Nicht bestätigt wird hingegen die Behauptung, daß „fast immer“ ein „unabdingbares Muß“ die Mutter zur Erwerbstätigkeit zwingt. Selbst wenn man die Fälle von nicht vollletrigen Familien hinzunimmt, so verschiebt sich das Verhältnis von 67 (mit zwingendem Grund): 35 (ohne zwingenden Grund) zu 75:25. Mit anderen Worten: Heute sind höchstens 75 Prozent aller erwerbstätigen Frauen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit und mindestens 25 Prozent ohne diese erwerbstätig.

Wie wirkt sich das regelmäßige Getrenntsein von Mutter und Kind auf das Kind aus?

Geht die Mutter täglich zur Arbeit außer Haus, dann muß sie das Kind anderen Personen zur Betreuung übergeben oder es sich selbst überlassen. Von den 161 Münchener Schülern mit ganztätig oder halbtätig erwerbstätigen Müttern waren 74 (= 46 Prozent) in Ersatzbetreuung, 87 Schüler (= 54 Prozent) blieben sich selbst überlassen. Das sind mehr als die Hälfte.

Von den Kindern, die anderen Personen zur Betreuung übergeben wurden, kamen 4 Prozent (der Gesamtzahl) in die Obhut des Vaters, 19 in die der Großeltern, 4 in die von anderen Verwandten und 2 in die von Bekannten, Angestellten und Pflegeeltern. Schließlich lebten 17 Prozent der Kinder in Horten. Von allen Formen familiärer Betreuung bei Erwerbstätigkeit der Mutter (ohne Hort) war offensichtlich die durch den Vater oder eine Tante die beste. Auffallend ist, daß fast alle Kinder der Münchener Untersuchung den Hort bzw. den Ganztagskindergarten als Form der Ersatzbetreuung ablehnten, zum Teil mit erschütternden Worten (was nichts gegen die Notwendigkeit dieser Einrichtungen und gegen das Pflegepersonal besagt; die Kinder wehren sich nur gegen das tägliche Aus-dem-Haus-gehen-Müssen).

Bei den Kindern, die sich selbst überlassen blieben, handelte es sich um ältere Kinder. Sie vermißten schon das bloße Daheimsein der Mutter. Die Aufsätze der 87 Mün-

chener Schulkinder, die dieses Schicksal zu tragen hatten, sind ein einziger Schrei nach der Mutter, nach einer ruhigen Stunde mit ihr, nach einem Vom-Fenster-aus-gerufen-Werden durch die Mutter wie andere Kinder, Zeugnisse der Sehnsucht und auch der Resignation; Verlangen nach Ruhe, Klage über ständige Hetze, vor allem am frühen Morgen, aber auch über zu spätes Zubettgehen, gestörten Schlaf, Angst vor der Einsamkeit, dem drückenden Alleinsein. Natürlich fehlt ihnen auch der mütterliche Beistand bei den täglichen Bedürfnissen, z. B. keine Unterstützung bei den Hausaufgaben der Schule; daraus entsteht Hilflosigkeit und schließlich Unsicherheit. Am meisten aber klagten die Kinder über die Art und Weise der Ernährung. Fast alle lebten von aufgewärmtem, eintönigem und wenig schmackhaftem Essen. Manche mußten sich das Essen selbst zubereiten. Daß es ihnen nicht schmeckte, lag weniger an der Qualität des Essens als an der Tatsache, daß wichtige psychologische Voraussetzungen für eine Mahlzeit nicht gegeben waren.

Den sich selbst überlassenen Kindern fehlte selbstverständlich auch das notwendige Mindestmaß an Aufsicht. Ihre Welt ist die Straße mit all ihren Reizen und Gefahren. Von hier wird das Weltbild bezogen, hier wird es erweitert. Niemand ist da, der es korrigiert. Abgesehen von den Möglichkeiten zu Streichen, zieht das ständige Alleinsein eine Reihe von sexuellen Gefahren nach sich, wie die Untersuchung belegen konnte. Alle Kinder, gleich ob fremdbetreute oder sich selbst überlassene, kennzeichnete ein gestauter Begegnungsdrang: Sie können es nicht erwarten, bis sie die Mutter abends abholen können oder die Mutter sie vom Kindergarten abholt. Auf den Abend konzentriert sich das Kind mit allen seinen Bedürfnissen, die die tagsüber abwesende Mutter nicht stillen kann. Die mütterliche Erwerbstätigkeit kann auch zu einer Vertiefung und Verfestigung der Mutter-Kind-Beziehungen führen; die Untersuchung betont jedoch ausdrücklich, daß es sich hierbei um Ausnahmen handelte.

Körperliche und seelische Überbeanspruchung der erwerbstätigen Mutter

Fast alle Kinder haben festgestellt, daß ihre Mütter zuviel arbeiten („... bis tief in die Nacht ... bis Mitternacht ... bis vier Uhr morgens“). Viele Mütter sind schon ermüdet, nervös, erschöpft, wenn sie von der Arbeit zurückkehren. Womit die wenigsten auf die Dauer fertig werden, ist die Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und häusliche Pflichten. Weil man weiß, daß eine Nachlässigkeit im Erwerbsberuf leicht zum Verlust des Arbeitsplatzes führen kann, wird bei Kollision der beiden Pflichtenkreise im allgemeinen der häusliche und erzieherische den kürzeren ziehen. Und da, wo die Mütter die Verantwortung für Haus und Kind nicht leicht nehmen, arbeiten sie in ihrer freien Zeit, vor allem am Sonntag. Er wird zum Haushaltstag der Woche, weil man an ihm ohne Unterbrechung „durcharbeiten“ kann. Der Sonntag ist dann Wasch- und Bügeltag. Stellen sich noch zusätzliche Sorgen ein, etwa eheliche Spannungen oder beengte Wohnverhältnisse, dann steigert sich der Druck der seelischen Überlastung. Speck führt die medizinische Literatur an, die nachgewiesen hat, daß die doppelte bzw. dreifache Belastung der Frau durch Haushalt, Mutterschaft und Erwerbstätigkeit viel zu groß für den weiblichen Organismus ist und daß sich daher Gesundheitsschäden früher oder später mit Sicherheit einstellen müssen.

Die Folgen der Überanstrengung können Schädigungen der Ungeborenen sein, aber auch der Säuglinge und der älteren Kinder. Die körperliche Geschwächtheit steht in Wechselbeziehung mit der seelischen Zermürbtheit. Die hauptsächlichsten Folgeerscheinungen des gestörten seelischen Kräftehaushaltes sind je nach Charakter Überreiztheit oder Gleichgültigkeit. Dabei ist Überreiztheit weitaus häufiger zu beobachten, und zwar meistens bei gewissenhaften Müttern. Aus Zeitmangel muß alles schnell gehen, im Hause herrscht immer nur Hetze. Die steigende Nervosität steckt alle Familienmitglieder an. Gleichgültigkeit zeigt sich bei erschöpften Frauen mit geringer Durchsetzungskraft. Sie lassen sich treiben, sind der Arbeit, oft auch des Lebens überdrüssig. Die unmütterlichen Mütter unter ihnen versuchen der Überlastung dadurch zu entgehen, daß sie für die erzieherischen Aufgaben keine Zeit und Muße mehr aufwenden. Sie verlangen wegen Übermüdung und Abgespanntsein nach Ruhe und wollen die Kinder deshalb nicht um sich haben. Wie es seinen Sonntag verbringt, entscheidet in solchen Fällen das Kind allein. Ein verhältnismäßig großer Teil der erwerbstätigen Eltern beruft sich auch während der Urlaubstage auf sein Erholungsbedürfnis. Vater und Mutter verreisen dann, die Kinder kommen in ein Ferienheim oder zu Verwandten.

Die Folgen für die Erziehung

Die körperliche und seelische Überforderung der erwerbstätigen Mütter hat für die Erziehung ganz bestimmte Folgen. Neben der ständigen Hetze und Ungeduld erliegen sie immer wieder der Versuchung zur Nachgiebigkeit und Verwöhnung. Eltern, die beide verdienen, können ihren Kindern „mehr bieten“ und auf diesem Wege scheinbar gewisse Mangelerscheinungen bei ihren Kindern ausgleichen. Die Münchener Untersuchung wies Fälle nach, wo die Eltern ihren Kindern jederzeit die Summe bewilligten, die diese verlangten. Die Geschenke waren nach übereinstimmender Meinung der Familienmonographien „teuer“, „übertrieben“, „maßlos“, „unnützlich“, „unvernünftig“. Ein kleines Mädchen erhielt z. B. eine „silberne Toilettengarnitur“, ein Junge ein „Auto zum Selbstfahren für 96.— DM“. Beeindrucken lassen sich die Kinder im allgemeinen durch solche Geschenke nicht. Entweder sind sie schon mit sechs Jahren Snobs und halten derartige Geschenke für selbstverständlich, oder sie fühlen genau, daß diese Werte ihnen die fehlende Anwesenheit der Mutter in Haus und Familie nicht ersetzen können.

Die Motive für derartige Geschenke sind verschieden: Werben ums Kind, Schonung der angespannten Nerven; die meisten Mütter wollen aber damit ihr eigenes Gewissen beruhigen und versuchen, ihren seelisch unbefriedigten Kindern den materiellen Vorteil ihrer Berufstätigkeit nachzuweisen.

Geraten die Kinder in die natürlichen Krisenzeiten (Trotzalter, Reifezeit), dann werden Nachgiebigkeit und Verwöhnung besonders ausgenutzt. Das Erziehungsverhalten der Mutter schlägt um. Die Mütter wenden dann gröbere Erziehungsmittel an. Der Umgangston wird härter. Befehle und Prügelstrafen bestimmen und bedrücken die Atmosphäre in der Familie. Die ständigen Nörgeleien der Mutter können so weit gehen, daß das Kind froh darüber ist, wenn die Mutter das Haus verläßt. Zuweilen wechseln auch Verwöhnung und Nachsicht mit Härte. Gerade die an sich mütterlichen Mütter wechseln häufig den Umgangston. Sie bemühen sich, liebevoll und

freundlich zu ihren Kindern zu sein. Bei der kleinsten Belastungsprobe bricht jedoch die unterdrückte nervöse Gereiztheit durch. Das Kind empfindet solche unmotivierte Wechsel als ungerecht und reagiert entsprechend.

Erschwerung der Gemüts- und Gewissensbildung

Außer der Belastung der erzieherischen Atmosphäre zeigen sich als weitere Folgen des Mangels an Zeit und Kraft bei der erwerbstätigen Mutter eine Vernachlässigung an äußerer Pflege und mangelnde geistige Hinwendung zum Kind („ich bin müde, laß mich in Ruhe“). Eine der nachteiligsten Folgen für die Erziehung von Kindern erwerbstätiger Mütter ist jedoch die Gefährdung echter Gemütsbildung. In einer ständigen Atmosphäre der Hetze, der Gereiztheit, des Angespanntseins ist jegliche Äußerung von Muße unmöglich: Erzählen, Vorlesen, Singen, stilles Lesen, Gesellschaftsspiele, Theaterspielen, Theaterbesuch, religiöse Gespräche werden unmöglich, weil die Voraussetzungen dazu fehlen: Gelöstheit, Heiterkeit, Freude, Nicht einmal ein besinnliches Zubettgehen mit gemeinsamem Gebet wird häufig der Fall sein.

Das kindliche Gemüt wird nicht entwickelt, es muß verkümmern. Die Untersuchung hat sich eingehend mit den Folgen dieser mangelnden Gemütspflege auseinandergesetzt. Sie kommt zu dem Schluß: Da auf Grund der Ergebnisse der modernen psychologischen Forschung kein Zweifel an den Wechselbeziehungen zwischen Gemüt und Gewissen besteht, die Gewissensbildung die Gemütsbildung immer voraussetzt, „muß die Verkümmern der kindlichen Gemütskräfte zu den größten pädagogischen Gefahren mütterlicher Erwerbstätigkeit gerechnet werden“.

Die seelisch kranken Kinder nehmen zu

Die hier beschriebenen Gefahren der mütterlichen Erwerbstätigkeit für Kind und Mutter gelten in jedem Fall, gleich aus welchen Motiven die Mutter der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgeht. Es ist schlimm genug, daß ein hoher Prozentsatz von verheirateten Frauen und Müttern in Deutschland aus echter Not dazu gezwungen sind, durch Berufsarbeit sowohl ihre körperliche und seelische Gesundheit wie die ihrer Kinder zu gefährden. Die Untersuchung Specks macht jedoch in einem erschreckenden Maße deutlich, wie viele Mütter leichtfertig diese Gefahren auf sich nehmen, ohne jeden zwingenden Grund, allein dem Reize materieller Vorteile erliegend. Verglichen mit den eingangs zitierten Arbeiten und Untersuchungen, auch denen der Schelsky-Wurzbacherschen Familienstudien, deren Erhebungsmaterial meist älteren Datums ist, bedeuten die Ergebnisse von Speck nicht nur eine kräftige Korrektur in negativer Richtung, sondern sie lassen auch einen Entwicklungstrend erkennen, der für die sittliche Gesundheit und Gesundung des deutschen Volkes sehr gefährlich werden kann. Obgleich die Ziele, die sich die „Deklassiertengruppen“ (Schelsky) in den ersten Jahren nach 1945 gestellt hatten, längst erreicht sind, nimmt die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen und Mütter nicht etwa ab, sondern sie hält sich zumindest auf gleicher Höhe. Ganz folgerichtig steigt gegenüber den Ergebnissen von Schelsky u. a. der Anteil derjenigen erwerbstätigen Mütter, die eigentlich gar keinen Grund dazu haben, außer Haus zu arbeiten. Hier ist in vielen Fällen durch die Einwirkung des materialistischen Zeitgeistes und durch die unkontrollierte, selbständig gewordene Dynamik des

„Aufstiegswillens“ das erzieherische Gewissen der Mütter abgestorben. Das Kind, das ein empfindsames Organ dafür hat, ob es die Mutter zu Recht entbehren muß oder nicht, fühlt sich in allen diesen Fällen notgedrungen als Last. Die Folge ist bei ihm ein tiefwurzelndes Minderwertigkeitsgefühl, die ständige Begleiterscheinung der Neurose. Da die Zahl der Mütter, die ohne zwingenden Grund einem Erwerb nachgehen, steigt, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch die Zahl der seelisch kranken Kinder in Deutschland am Zunehmen ist.

Katholikentag als Sichtbarwerdung einer lokalen Kirche Dom C. Lialine hat in der Vierteljahresschrift des Unionsklosters Chevotogne, „Irénikon“ (Bd. 29, 4. Trimester 1956), den Kölner Katholikentag unter einem interessanten theologischen Aspekt, nämlich als Sichtbarwerdung einer lokalen Kirche, der Kirche Deutschlands, betrachtet. Mit diesem Ziel zeichnet er kurz einige „Bilder“, in denen er als Gast diese Sichtbarkeit der Kirche in ihrer deutschen Form erlebt hat: die gewaltige Zusammenkunft von Klerus und Laien mitten in einer ihrem Alltag nachgehenden „Welt“; die Entfaltung des Kults im Hohen Dom, in den anderen Kirchen und vor den riesigen Massen im Nord-Stadion, sowie die Schar der Beter zu jeder Tag- und Nachtstunde; den typisch deutschen, nationalen Aspekt in der Teilnahme der Menschen aus der Ostzone und in der brüderlichen und religiösen Verbundenheit der beiden Teile Deutschlands; zugleich das Sichtbarwerden der Zugehörigkeit zur universalen Kirche durch die Anwesenheit des Apostolischen Delegaten, dreier Kardinäle, für das Ohr faßbar in der Rundfunkbotschaft des Heiligen Vaters. Ökumenische Sorge bekundete die katholische Kirche Deutschlands in Köln durch die lebhaften Sympathiekundgebungen für die evangelischen Brüder (während allerdings des christlichen Ostens überhaupt nicht gedacht wurde).

Nach diesen kurzen Hinweisen faßt Dom Lialine seine Eindrücke zusammen: „Die Kirche von Deutschland ist mir in Köln als ein bewußter Teil der universalen Kirche erschienen, verbunden mit den anderen lokalen Kirchen, zumal den leidenden, offen für die Nöte der ganzen Welt und keineswegs auf sich selbst zurückgewandt. Doch ich habe sie auch sehr ‚lokalisiert‘ gesehen: eine abendländische Kirche, stark an die deutsche Nation gebunden, Erbin einer großen Vergangenheit, durch eine geschichtliche Wunde — die Abspaltung der Protestanten — an Leib und Seele verwundet, durch ihre gegenwärtige politische Zerreißung, wenn auch nur am Leibe, verstümmelt . . . Diese Kirche erwies sich als eine einige, gleichzeitig triumphierend und leidend.“

„Der Katholikentag“, fährt Dom Lialine dann fort, „ist immer ein Unternehmen der Laien gewesen. Obwohl der Anteil des Klerus seit dem letzten Krieg zugenommen haben soll, war ich nicht überrascht festzustellen, wie sehr die deutsche Kirche sich in Köln als Kirche der Laien zeigte, nicht nur faktisch, sondern auch der Absicht nach; sie wollte dem deutschen Katholiken seine Rolle als Laie in der Kirche begreiflich machen und sorgt sich darum, daß er sie auch erfüllen kann. Dieses letzte ‚Bild‘ läßt, glaube ich, die dem Katholikentag sozusagen angeborene Begrenzung erkennen. Die Kirche konnte in Köln in Übereinstimmung mit dem Wahlspruch als ‚Zeichen Gottes unter den Völkern‘ erscheinen, aber als ein unvollständiges Zeichen . . .“

Dom Lialine zieht nun einige theologische Schlußfolgerungen aus der „ekklesiologischen Erfahrung“, die der Kölner Katholikentag ihm vermittelt hat. Er faßt sie in einigen „Thesen“ zusammen:

„1. Die Kirche ist das Volk Gottes: a) ein konkretes *Volk*, das einer bestimmten Nation, einer bestimmten Zivilisation, einer bestimmten geschichtlichen Situation angehört; b) ein *Volk*, nicht eine Masse, von der es sich durch die Achtung vor der individuellen Freiheit sowie durch die Differenzierung und hierarchische Ordnung seiner Funktionen unterscheidet; das Bild des Leibes ist dafür sehr passend; c. ein Volk *Gottes*, was es von allen anderen Völkern unterscheidet.

2. Die liturgische Funktion des Volkes Gottes: a) sie ist im Konkreten immer Funktion der lokalen und selbst lokalisierten Kirche. Diese unbestreitbare Tatsache wird von den Liturgikern oft vergessen, während sie eigentlich alle liturgische Theologie und Praxis leiten müßte. b) Sie ist eine Handlung des gesamten Gottesvolkes, aber besonders und vornehmlich derjenigen seiner Glieder, die dafür besonders eingesetzt sind, des Klerus. c) Die Feier des eucharistischen Opfers und des heiligen Offiziums, das es umgibt, macht das Volk Gottes am besten sichtbar; sie verbindet es mit der himmlischen Kirche, die die Offenbarung am häufigsten unter liturgischer Gestalt darstellt; sie erweckt in ihm eine gemeinsame Tendenz auf jene hin, was ein wichtiges Element seiner Einheit bildet; sie intensiviert und offenbart seinen eschatologischen Charakter. d) Die sakramentale Kommunion im eucharistischen Opfer bedeutet und verwirklicht hienieden die Vereinigung des Volkes mit seinem Gott und macht aus ihm den sozialen Leib Christi. Sozialer Leib Christi und eucharistisches Volk sind synonym. e) Die Eucharistie rechtfertigt sichtbar die Anwendung der theologischen Kategorien von ‚sacramentum‘ und ‚res‘ auf die Kirche; sie macht die Kirche als Gnadenmittel (Ursakrament, wie die deutschen Theologen sagen) und die Kirche als Gnadenwirklichkeit sichtbar. Diese letztere ist das Gottesvolk, das kommuniziert hat und das betet.

3. Die Funktionen des Gottesvolkes gegenüber der Welt sind für diese ein sacramentum: sie sind alle letzten Endes sein gemeinsames, aber durch den besonderen Charakter jedes einzelnen seiner Glieder, das kommuniziert hat, differenziertes Zeugnis. Die Laienglieder können hier ein mannigfaltigeres Zeugnis ablegen als die Kleriker.

4. Die lokale Kirche ist katholisch und darum wahrhaft Kirche, wenn sie mit dem Mittelpunkt der Christenheit und mit allen anderen lokalen katholischen Kirchen verbunden ist.

5. Wie immer es sich mit ihrer ursprünglichen Entstehung verhält, die lokale Kirche ist sichtbar als die universale Kirche.“

Gegenüber den getrennten Brüdern enthält diese Sichtbarwerdung einer lokalen Kirche vor allem eine Lehre: „das Offenbarwerden einer lokalen und zugleich katholischen Kirche, eine Wirklichkeit, die die Nichtkatholiken der römischen Kirche immer abstreiten, weil sie alles zentralisiert und absorbiert haben soll. Dadurch vor allem hat der Katholikentag seinen Wahlspruch auch im ökumenischen Bereich verwirklicht.“

**Auflösung des
„Weltfriedensrates“
in Wien**

Anfang Februar 1957, gerade ein Jahr nach der Auflösung des kommunistischen „Weltgewerkschaftsbundes“ (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 253), hat das österreichische Innenministerium das Generalsekretariat des „Weltfriedensrates“ geschlossen und dessen Räume auf dem Möllwaldplatz in der ehemaligen sowjetischen Zone Wiens versiegeln lassen. Bei der Haussuchung wurde eine große Menge Material beschlagnahmt, dessen Sichtung längere Zeit beanspruchen wird. Der Weltfriedensrat ist das Organisationsgremium der „Weltfriedensbewegung“ und der „Weltfriedenskongresse“ und als solches eine Art Dachorganisation aller kommunistischen Weltorganisationen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 81). Der Beschluß über die Liquidation der Wiener Zentrale (der nur Ausländer angehörten) wurde einem japanischen zeichnungsberechtigten Mitglied mitgeteilt. Die österreichische Regierung begründete ihre Entscheidung mit der Feststellung, das Generalsekretariat habe von Wien aus Beschlüsse und Publikationen verbreitet, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten darstellen. Dadurch sei es nicht nur in Gegensatz zum österreichischen Vereinsrecht geraten, sondern habe auch das wiederholt proklamierte Prinzip der österreichischen Regierung verletzt, friedliche Beziehungen mit allen Staaten zu unterhalten. Ein weiterer Fortbestand hätte die staatlichen Interessen Österreichs gefährdet.

Wien galt lange Zeit als die Hochburg der internationalen kommunistischen Wühlarbeit. Die österreichische Regierung ist gewillt, nicht nur diesen Sachverhalt endgültig zu beseitigen, sondern sie will ganz allgemein jegliche Möglichkeit unterbinden, daß von österreichischem Boden aus politische Auslandsarbeit gegenüber anderen Staaten vorbereitet oder durchgeführt wird. So wurde jetzt auch eine Kontrolle verschiedener ausländischer Gruppen verfügt, die neben den großen internationalen Hilfsorganisationen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage ihr Quartier als „Komitee“ oder „Hilfsdienst“ aufgeschlagen haben.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

**Die Lage der
kommunistischen
Partei in Italien**

Auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens in Rom vom 14. bis 16. Januar 1957 mußte Giorgio Amendola, gegenwärtiger Leiter der Organisationskommission der Partei, zugeben, daß bis zum 15. Januar 600 000 bisherige Mitglieder der Partei ihre Parteikarte noch nicht erneuert hatten, oder genauer gesagt: daß die Parteibeiträge von 600 000 Mitgliedern — gegenüber den Verhältnissen vom 15. Januar 1956 — fehlten. Der Anfang Januar aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Arzt Dr. Eugenio Reale (der der Partei seit 1928 angehörte und dreimal Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt zur Zeit Parris und De Gasperis und italienischer Gesandter in Polen gewesen ist) gab in einem Interview der „New York Times“ an, die KPI habe in den letzten vier Jahren rund 800 000 Anhänger verloren. Während diese größte westeuropäische kommunistische Partei 1952 rund 2,5 Millionen eingeschriebene Mitglieder zählte, schätzt man sie heute auf nur mehr rund anderthalb Millionen.

Die Krise der KPI begann im Sommer 1956 nach dem Moskauer XX. Parteikongreß und den Enthüllungen

Chruschtschews, mit denen die „Entstalinisierung“ begann. Die italienische Parteileitung mit ihrem Führer Palmiro Togliatti an der Spitze beschloß, den Entstalinisierungsprozeß nicht mitzumachen, sondern die „harte Linie“ beizubehalten. Aber diese Haltung, die an der „Basis“ der Partei, d. h. bei der breiten Masse, keinerlei Anklang fand, wurde auch von einigen der führenden Persönlichkeiten der Partei abgelehnt. Die Spannungen innerhalb der Partei verschärften sich aus Anlaß der ungarischen Ereignisse, die im italienischen Volk auf Grund einer alten Sympathie für Ungarn durch die gemeinsamen Freiheitskämpfe gegen Österreich einen besonderen Widerhall fanden und finden. Es bildete sich eine Gruppe von „Dissidenten“, an deren Spitze Di Vittorio, der Leiter der kommunistischen Gewerkschaften Italiens (CGIL) und Antonio Giolitti, ein Enkel des ehemaligen demokratischen Ministerpräsidenten Italiens vor dem Ersten Weltkrieg, genannt werden. Stärker noch als in der Partei wirkte sich die Beunruhigung in den Gewerkschaften aus. Die kommunistisch und linkssozialistisch gesinnten Arbeiter sind zusammen in der CGIL organisiert, doch dieser Zusammenhalt ist nun auf Grund der ungarischen Tragödie völlig in Zerfall geraten. Als sich nach dem XX. Parteikongreß in Moskau die italienischen Linkssozialisten unter Nenni von der KPI mit ihrer „harten Linie“ unter Togliatti zu lösen und eine Einigung mit den demokratischen Sozialisten unter Saragat zu suchen begannen, entstand eine besonders verworrene Lage für die CGIL; man wollte die „Einheit der Arbeiterklasse“ nicht aufgeben, nachdem man jahrelang gepredigt hatte, daß eben das das verwerfliche Ergebnis des Bestehens der freien Gewerkschaftsverbände, der CISL und der UIL, sei. Und doch empörte man sich gegen die Haltung der italienischen Kommunistenführer gegenüber den Vorgängen in Ungarn. Einer der führenden Männer in der Parteileitung der PSI (Nenni-Sozialisten) und bis dahin eifriger Verteidiger der Einheit der Linken, Raniero Panzieri, schrieb Anfang November in der sozialistischen Wochenzeitung „Il Punto“, die Tragik der ungarischen Ereignisse liege darin, daß sich ein Volk im Namen des Sozialismus gegen die Waffengewalt des Ersten Sozialistischen Landes der Welt erhoben habe und daß sich Menschen massakriert hätten, die für die gleichen Ideale kämpften, um schließlich doch nur Gründen purer Machtpolitik zu dienen.

Während der Intellektuelle so der Tragik der Situation nachsinnt, reagiert der einfache Arbeiter spontan. Ein solcher, Angelo La Porta, schickte seine Mitgliedskarte an die lokale Parteileitung von Leonforte mit einem Brief zurück, in dem er schrieb: „Da ich eingesehen habe, daß sich die marxistische Ideologie als ein grausamer Betrug enthüllt hat und in der Hoffnung, daß das Blut der ungarischen Märtyrer die Arbeiter erleuchtet, die noch in den Reihen der Sozialkommunisten kämpfen, trete ich aus der Partei aus.“ Und vor einer Besprechung des Betriebsrats der Turiner FIAT-Werke mit der Betriebsdirektion haben die 11 Mitglieder der Freien Gewerkschaften (CISL und UIL) die Direktion darum gebeten, nicht gleichzeitig mit den Mitgliedern der CGIL erscheinen zu müssen, weil sie sich „nicht mehr zugleich mit den Vertretern jener arbeiterfeindlichen kommunistischen Partei an den Verhandlungstisch setzen könnten, die sich mit dem gleichen Zynismus wie die tatsächlichen Henker über die unmenschliche Hinmetzelung von Arbeitern, Studenten,

Frauen und Kindern der glorreichen und heldenmütigen ungarischen Nation freuen“. Übrigens sind gerade in den FIAT-Werken die eingeschriebenen Mitglieder der KPI von 21 000 Arbeitern im Jahre 1950 auf 6 382 am 31. Dezember 1956 zusammengeschmolzen.

Schon lange geht die CGIL langsam, aber ständig zurück (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 356 und 402); doch in den Betriebsratswahlen, die seit den ungarischen Ereignissen stattgefunden haben, ist dieser Rückgang geradezu dramatisch geworden. Es ist vorgekommen — z. B. in der Provinz Rovigo —, daß an die 3000 Mitgliedskarten der CGIL und KPI säuberlich zusammengepackt von den verschiedenen Industriezentren der Provinz an die Zentralen der CISL und UIL (also der freien Gewerkschaften) gesandt worden sind, während ihre früheren Besitzer gleichzeitig die Einschreibung in eine der Mittelparteien beantragten. Anfang dieses Jahres hatten die Freien Gewerkschaften zusammen die organisatorische Stärke der CGIL erreicht. Der Generalsekretär der CISL, Pastore, teilte am 8. Januar in der üblichen Pressekonferenz zu Jahresbeginn mit, daß die Betriebsratswahlen, die bisher in 3 089 Betrieben stattgefunden hatten, in diesen 348 577 Stimmen (37,8 %) für die CISL, 64 508 (7 %) für die UIL, 38 413 (4,2 %) für andere Gewerkschaften erbracht hätten und demgegenüber 469 594 (51 %) für die kommunistisch geführte CGIL. Doch bedeutet das für die CGIL nur 5 824 (45,7 %) Sitze gegenüber 5 526 (43,4 %) für die CISL, 583 (4,6 %) für die UIL und 803 (6,3 %) für andere: alles in allem also 54,3 % für nichtkommunistisch-sozialistische Gewerkschaften. Die CISL, in der auch der Großteil der christlichen Arbeiter organisiert ist, hatte Ende 1955 34,9 % aller Stimmen und 40,7 % der Sitze. Diese Zahlen werden übrigens wie vor allem auch die Angaben der CISL über die Gesamtmitgliederzahlen ihrer eigenen wie der anderen Gewerkschaften von diesen bestritten und mehr oder weniger abgewandelt. Nicht zu bestreiten ist dagegen die Tatsache, daß die CISL gewachsen ist und auch immer noch weiter wächst, und zwar sowohl im Norden wie vor allem im Süden des Landes und sowohl in den Städten wie auf dem Land. Die CGIL selber gibt zu, daß sie in den letzten vier Jahren 14,1 % ihrer Mitglieder verloren hat und daß die CISL um 10,4 % und die UIL um 4 % gewachsen sind. Übrigens lehrt die Erfahrung, daß Gewerkschaftler, die aus der CGIL austreten, sich meist sofort wieder in einer anderen Gewerkschaftsorganisation einschreiben lassen, während Arbeiter, die die kommunistische Partei verlassen, sehr häufig keiner anderen Partei beitreten, weil sie von aller Parteipolitik abgestoßen und in ihrem Vertrauen erschüttert sind. Bei dem allergrößten Teil der italienischen Kommunisten aus dem Arbeiterstand und dem Landvolk bildet ja ohnehin nicht eine marxistisch-atheistische Überzeugung die Grundlage ihrer Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und Gewerkschaft; sie beruht vielmehr auf materieller Not, Irreführung und allenfalls auf Antiklerikalismus, jedoch nicht auf Areligiosität. Und wenn die Versprechungen, mit denen Partei und Gewerkschaft freigiebig um sich werfen, nicht gehalten werden, bindet diese Menschen nichts mehr an diese Organisationen.

Die kommunistische Partei ist allmählich durch die Verluste an Mitgliedern in eine sehr prekäre finanzielle Lage geraten und muß nun zu allerlei zweifelhaften Maßnahmen greifen, um ihre Kassen zu füllen. Nach dem neuen Plan sollen von jetzt an die Sektionssekretäre per-

sönlich für die Summen verantwortlich sein, die für die Parteikarten eingehen, ob diese nun schon bezahlt sind oder nicht. Da die Parteimitglieder ihren Beitrag auch in Raten zahlen dürfen, greift diese Bestimmung besonders in Süditalien, wo etwa 60% der Mitglieder in Raten zahlen, tief ein. Die Eingeschriebenen hören nämlich häufig nach der ersten oder zweiten Rate auf, weiter zu zahlen, und sind für alle Mahnungen taub. Neuerdings müssen sie daher wenigstens die Hälfte ihres Beitrags sofort bezahlen, was viele abschrecken wird. In der Landschaft Molise ist auch ein kompliziertes Zahlungsverfahren für die Bauern erfunden worden, nach dem sozusagen ein ausgewähltes Schaf „beliehen“ bzw. sein künftiger Ertrag an Milch und Wolle gepfändet wird! Daß eine Anzahl von in Italien recht bekannten Intellektuellen in den letzten Monaten die KPI verlassen haben, sei nur nebenbei bemerkt. Ihnen sind ganz einfach „die Augen ausgegangen“.

Wenn nun durch diesen offenbar unaufhaltsamen Verfall der kommunistischen Organisationen in Italien eines der ärgsten politischen Schreckgespenster des Landes mehr und mehr an Bedeutung verliert, so ist doch damit für die Lösung all der äußerst schwierigen Probleme, vor denen das Land steht, noch nichts gewonnen. Es bleibt das Elend weiter Volksschichten, vor allem der Landbevölkerung, es bleibt das Problem der wirtschaftlichen Erschließung des Südens trotz der vielversprechenden Anfänge seiner Lösung, es bleibt die Fortsetzung der Agrarreform, es bleibt die Aufgabe der Beseitigung des Analphabetentums und die der Sozialversicherungen, alles sehr kostspielige Aufgaben. Es bleibt auch das politische Problem, ob die Mittelparteien imstande sind, diese Aufgaben zu lösen oder wenigstens einer Lösung näher zu bringen, ob sich eine neue starke, aber diesmal demokratische Linke bildet und ob diese dann an der inneren Reform des Landes mitarbeitet oder sie allein in die Hand zu nehmen strebt. Der Parteitag der Linksozialisten Nennis vom 6. bis 10. Februar in Venedig hat zwar die endgültige Lösung der PSI von der Konsultationsgemeinschaft mit der KPI gebracht (der im Sommer der Übergang von der Aktionsgemeinschaft zur Konsultationsgemeinschaft vorangegangen war). Was daraus aber für die parteipolitische Organisation des Landes folgen wird, muß sich erst erweisen. Alle diese Fragen werden die nächsten allgemeinen Wahlen in Italien wiederum, wie schon die von 1953, zu einem für ganz Europa einschneidenden Ereignis machen. Sie sollen, dem verfassungsgemäßen Turnus nach, 1958 stattfinden. Doch spricht man heute schon allgemein davon, daß sie vielleicht vorverlegt werden sollten, um den veränderten Grundverhältnissen im Lande einen gemäßigteren parlamentarischen Ausdruck zu verschaffen. Für die Kirche mit ihren verschiedenen Organisationen, vor allem aber für die Christen als solche ergibt sich aus dieser Lage eine gesteigerte Verantwortung. Das Christentum Italiens ist aber, wie von jeher, reich an stärksten Gegensätzen, vom äußerlichsten Konventionalismus bis zur reinen Heiligkeit, von organisierter Aktivität bis zum verborgenen demütigen Einsatz, von Unduldsamkeit bis zur echten Weisheit, wie sie gegenüber einer so vielfältigen Gegebenheit notwendig ist. Die christlichen Kräfte sind daher, obwohl sie größtenteils in der einen Partei der Christlichen Demokraten gesammelt sind, in keiner Weise einmütig, und es wird darauf ankommen, daß alles, was lebendig ist, wirklich zum Einsatz gelangt.

Ostkirchliche Arbeit in Spanien Spanien ist schon seit dem Ende des Bürgerkriegs ein hilfreiches und gern

aufgesuchtes Exil für alle Flüchtlinge aus dem Bereich der sowjetischen Satelliten; daneben hat es traditionell gute Beziehungen zu den islamischen Staaten des Nahen Ostens. Beide Tatbestände haben in den letzten Jahren auch in einer wachsenden ostkirchlichen Arbeit ihren Ausdruck gefunden. Unter der Leitung von Santiago Morillo SJ besteht ein „Centro Estudios Orientales“ (CEOR), das in einem modernen Studienhaus in einem erst im Aufbau begriffenen Madrider Vorort in der Nähe des Hauptbahnhofs Atocha (C. Conde de Cartagena, 47) seine Niederlassung gefunden hat. Das Haus enthält eine ausgedehnte Fachbibliothek und dient als seelsorgliches Zentrum vor allem für die ostkirchlichen Studenten, die in Madrid in der Ausbildung stehen; die größte Gruppe unter ihnen sind knapp dreißig junge Ukrainer. Jeden Werktag findet um 9 Uhr eine heilige Messe in der kleinen, mit russischen Ikonen ausgestatteten Kapelle statt; nur am Sonntag würde dieser Raum nicht ausreichen, um alle Besucher zu fassen, so daß der Sonntagsgottesdienst um 11 Uhr jeweils in eine der lateinischen Kirchen des Stadtinnern verlegt wird. Der ansehnliche Kirchenchor der ostkirchlichen Studentengemeinde ermöglicht dabei immer einen sehr feierlichen, eindrucksvollen Gottesdienst in kirchenslawischer Sprache.

Die Arbeit des „Centro“ wird getragen durch das Wohltätigkeitswerk „Obra del Oriente Cristiano“, das durch die Spenden seiner Mitglieder und Freunde die wissenschaftliche und seelsorgliche Tätigkeit finanziert und die bedürftigen Studenten unterstützt. Dem Direktor P. Morillo stehen für seinen Wirkungskreis noch einige weitere Geistliche (u. a. ein dem griechisch-byzantinischen Ritus angehöriger Kanonikus) und einige Laien zu Verfügung. Als Zeitschrift mit Breitenwirkung erscheint im 7. Jahrgang das Monatsblatt „Oriente Cristiano“, das etwa unserer deutschen Zeitschrift „Der Christliche Osten“ entspricht. Die seit 1951 publizierte wissenschaftliche Revue „Oriente“ ist seit 1956 aufgeteilt in eine theologisch-ökumenische Vierteljahresschrift „Re-union“ und eine allgemeinerwissenschaftliche Vierteljahresschrift „Oriente Europeo“. Die Zeitschriften haben einen breiten Mitarbeiterstamm aus Angehörigen aller osteuropäischen Nationen („Der Christliche Osten“ Nr. 5, 1956).

Soziale und religiöse Probleme in der Montanunion Vom 5. bis 8. Januar 1957 tagte in Luxemburg der „Kongreß über die sozialen und religiösen Folgen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. An ihm nahmen 150 Wissenschaftler, geistliche und weltliche Würdenträger, Direktoren der Montanindustrie und Gewerkschaftler aus ganz Europa teil. Der Kongreß war vom „Internationalen katholischen Institut für kirchliche Sozialforschung“ (ICARES), Genf, zusammen mit der Internationalen katholischen Wanderungskommission (ICMC), Genf, und mit Unterstützung des internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes (IBCG), Brüssel, veranstaltet worden, unterstützt von der Hohen Behörde der Montanunion. Professor G. H. L. Zeegers, dem Generaldirektor des ICARES, war es damit zum ersten Male gelungen, eine Tagung mit dieser Themenstellung zu organisieren. Robert Schuman, der Vater der Montanunion, ebenso wie die gegenwärtigen Mitglieder der Hohen Behörde, gaben eindeutig ihrer Freude

darüber Ausdruck, daß endlich auch die so schwierigen, aber in engstem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Produktion stehenden sozialen Probleme öffentlich aufgegriffen und durchleuchtet wurden.

Aus der Arbeit der Montanunion

Mit der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, die am 25. Juli 1952 ihre Tätigkeit aufnahm, haben in Europa bedeutsame Veränderungen begonnen; nicht nur weil ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl den gemeinsamen Bedarf von 150 Millionen Menschen decken soll; und nicht nur, weil die neue Gemeinschaft den Hauptteil des westeuropäischen Industriepotentials zusammenfaßt — mit einer jährlichen Gesamtproduktion von über 240 Millionen Tonnen Kohle, 76 Millionen Tonnen Eisenerz und über 50 Millionen Tonnen Rohstahl, einer Produktionsmenge, die sich größenordnungsmäßig mit der Amerikas und Rußlands messen kann. Vielmehr gelang es hiermit erstmalig in Europa, eine supranationale Institution zu schaffen in der Erkenntnis, daß die Länder des freien Europa untereinander solidarisch sind und ein gemeinsames Schicksal haben. Der erste konkrete Schritt zur europäischen Integration war damit getan.

Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ arbeitet nun bereits im fünften Jahr. Wie weit ist es ihr in dieser Zeitspanne gelungen, ihre Ziele zu erfüllen? Welche Fortschritte konnte sie für die beteiligten Staaten erreichen? Bei aller Vorsicht im Urteil darf, wie es in einem offiziellen Bericht der Hohen Behörde heißt, gesagt werden, daß die Antwort positiv und ermutigend ausfällt. Zunächst sind einmal die vor allem zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden politisch-ökonomischen Rivalitäten ausgeschaltet. Rein wirtschaftlich schuf die Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl eine Reihe günstiger Entwicklungsmöglichkeiten. Hinderte früher das Bestehen der Grenzen mit Schutzzöllen und künstlichen Tarifen, die auf enge nationale Absatzgebiete zugeschnitten waren, die volle Entfaltung einzelner Industrien und wurde dadurch die Produktion gehemmt und die Preise gesteigert, so trat durch die Beseitigung der künstlichen Schranken ein sichtbarer Wandel ein. Bereits 1955 wurden Rekordziffern für die Produktion von Kohle und Stahl erreicht, welche die sechs Länder zusammengenommen vorher in ihrer Geschichte nicht erreicht hatten.

Vor allem aber trat eine regionale Umgruppierung im Sinne einer Rationalisierung der Verkehrsströme ein. Da der Käufer nun, ohne durch Zölle und überhöhte Tarife daran gehindert zu sein, frei seinen Lieferanten wählen kann, besteht die Möglichkeit, überall dort in der Gemeinschaft einzukaufen, wo es für den Käufer am vorteilhaftesten ist. Es liefert heute deshalb die Ruhr verstärkt nach Holland und dafür relativ weniger nach Süddeutschland. Das Limburger Revier und Belgien liefern verstärkt nach Frankreich und dieses und die Saar wieder verstärkt nach Süddeutschland. Damit ist eine beachtliche Einsparung an Verkehrsleistungen erzielt worden. (So haben sich z. B. die Frachtkosten für Steinkohle von der Saar nach Regensburg von 3187 fFr auf 2341 fFr verringert oder Schrottführen von Lyon nach Turin von 2159 fFr auf 1852 fFr.)

Die Errichtung eines gemeinsamen Marktes hat sich bisher auch deutlich in Richtung eines Ausgleiches der Konjunk-

turschwankungen ausgewirkt. Durch die verbesserten Versorgungsmöglichkeiten blieb auch die Preisentwicklung in bemerkenswert ruhigen Bahnen. Auch in der Richtung auf eine „Angleichung des Fortschritts“ hinsichtlich der bestehenden Niveauunterschiede zwischen den einzelnen regionalen Bezirken des gemeinsamen Marktes sind Erfolge zu verzeichnen. Besonders Italien, das außerhalb des engeren Kerngebietes der Union liegt und das noch große Industrialisierungsaufgaben vor sich hat, weist seit 1952 in der Rohstahlproduktion ein viel rascheres Entwicklungstempo auf (Erhöhung um 53 %) als die übrigen Länder der Montanunion (23 %). Ähnliches gilt für die Lohnentwicklung.

Die innerhalb der Montanunion erzielten Fortschritte würden aber in ihrer Bedeutung stark beeinträchtigt, wenn sie zu einer zunehmenden Abschließung von den anderen Ländern führten. Von einer solchen Abschließung nicht direkt beteiligter Länder wie Österreich und die Schweiz kann jedoch nicht die Rede sein. Die wirtschaftliche Integration bringt keine Autarkisierung mit sich, sondern eine zunehmende Aus- und Einfuhr mit der übrigen Welt und ist damit ein wesentlicher Schritt vorwärts zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und den anderen Kontinenten.

Soziale und kulturelle Veränderungen

Alle diese notwendigen und wirtschaftlich so günstigen Entwicklungen haben aber — und das wurde bisher noch viel zu wenig beachtet — eine ganze Reihe von europäischen Integrationsproblemen aufgerollt, wofür die Hohe Behörde nicht zuständig ist. Es sind dies soziale, kulturelle und nicht zuletzt religiöse Spannungen und Veränderungen, deren Einfluß auf das soziale Leben Europas, indirekt auch auf die wirtschaftliche Produktivität, von höchster Bedeutung ist. Diese sozialen Probleme, welche sich aus der technisch-ökonomischen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergeben, hängen insbesondere mit den nationalen und inner-europäischen Wanderungen und mit der Verschmelzung des Arbeitsmarktes von Kohle und Stahl zusammen.

Eine Reihe von Produktionsgebieten, dabei besonders der Bergbau, hatten in der Nachkriegszeit sehr mit Mangel an Arbeitskräften zu kämpfen. Es wurde alles unternommen, um aus den Kreisen der Flüchtlinge, aus der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen sowie vom Ausland Arbeiter anzuwerben. Der deutsche Steinkohlenbergbau z. B. hatte im Januar 1946 nur 191 857 Mann Untertagebelegschaft, die bis Dezember 1955 unter großen Anstrengungen auf 329 200 Mann erhöht werden konnte. Um diesen Zuwachs von 137 000 aber zu erreichen, mußten insgesamt 802 000 (!) Neueinstellungen vorgenommen werden. Diese übermäßige Fluktuation gibt einen Hinweis auf die soziale Unausgeglichenheit des Arbeitsmarktes. In Zukunft will Deutschland neben den 30 000 Landarbeitern noch 17 000 Bergarbeiter aus Italien anwerben.

Die 2 Millionen italienischen Arbeitslosen stellen derzeit — neben dem holländischen Bevölkerungsüberschuß — überhaupt das Arbeiterreservoir der Montanunion dar. Aber auch Polen und Kroaten sind als „Fremdarbeiter“ tätig sowie zahlreiche Algerier. In Frankreich gibt es bereits gegen 2 Millionen solcher Fremdarbeiter, in Belgien über 200 000, wobei sie bei den Untertagearbeitern teil-

weise 60—70 % der Arbeitskräfte ausmachen; eine Förderung ohne ihre Hilfe wäre unmöglich. Die Italiener herrschen unter den Fremdarbeitern im allgemeinen vor. In Belgien machen sie im ganzen 40 % der Arbeiter in der Montanindustrie aus gegenüber 43 % Belgiern, während der Rest zum Großteil aus dem südholändischen Brabant stammt. Im französischen Bassin du Nord sind 13 % der Arbeiter Polen, in Lothringen arbeiten viele Nordafrikaner.

Eine Arbeiterwanderung dieses Ausmaßes, wo Hunderttausende — entweder nur vorübergehend, oder aus strukturellen Gründen (Bevölkerungsdruck, Dauerarbeitslosigkeit) — in fremdem Land ihre Existenz suchen müssen, stellt an die Arbeitergruppen und ihre Familien ebenso wie an die Verwaltungen der Aufnahmestationen außerordentliche Anforderungen. Aus einer Enquete unter den Mineuren in Belgien geht z. B. hervor, daß Dreiviertel wieder in die Heimat zurückkehren wollen, 70—80 % gegen eine Heirat mit einer Belgierin sind, 75 % der Ledigen unter ihnen möchten in eigenen Italiensiedlungen wohnen, 90 % wollen die Kinder in eigene Schulen schicken; Zeitungen aus der Heimat sowie Rundfunksendungen in der eigenen Sprache sind sehr gefragt usw. Die kulturellen und sozialen Bedürfnisse erscheinen als sehr wesentlich, und es wird einsichtig, daß die rein ökonomischen Maßnahmen zur Produktionsförderung, wie sie heute vielfach noch üblich sind, nicht genügen. Tausend Arbeiter, welche getrennt von ihren Familien, in Baracken neben einer Zeche untergebracht werden, sind weit weniger produktiv als die aus sauber wohnenden, zufriedenen traditionellen Bergmannsfamilien kommenden Arbeiter. Diese Erkenntnis beginnt sich auch bei den Wirtschaftlern durchzusetzen.

Auswirkungen der religiösen Verschiedenheiten

Noch viel tiefer gehende Spannungen ergeben sich aber aus den sozial-religiösen Verschiedenheiten der Autochthonen und der Zuwanderer. Dies gilt sowohl für die nationale Wanderung der Bauernsöhne in die Industriegebiete wie für die internationale Wanderung aus religiös integren in entchristlichte Gebiete. Schon lange Zeit beobachtet man z. B. den negativen Anpassungsvorgang, der bei den Auswanderern vom katholischen Südholland nach dem unkirchlichen wallonischen Südbelgien vor sich geht: Der einzelne Emigrant wird sehr rasch von den Sitten des Arbeitsmilieus beeinflusst, wird unregelmäßig in der Teilnahme am kirchlichen Leben, gibt in vielen Fällen daneben auch seine Sprache auf und verfällt, wenn er heiratet, im krassen Gegensatz zur holländischen Mentalität, der in Südbelgien üblichen Geburtenbeschränkung. Neben dieser äußeren religiösen Desintegration bleiben aber oft innere Bindungen an die Kirche bestehen, welche sich z. B. in der gewünschten Kindertaufe zeigen.

Die Verschiedenheit im religiösen Status der Bergbaugebiete ist überhaupt ein eigenes Kapitel. Während einige Reviere ausgesprochen christlichen Charakter haben, so die Saar mit 80 % Osterkommunionen (allerdings besteht dort wieder ein Mangel an aktiven katholischen Eliten), Belgisch-Limburg und Holländisch-Limburg mit durchschnittlich 80—85 % praktizierenden Katholiken, gilt für das südbelgische (Charleroi) und die meisten französischen Reviere, daß sie im vollen Sinne entchristlicht sind. Wenn die Teilnahme der Arbeiter am Gottesdienst in manchen Zonen praktisch gleich Null ist, wird die An-

passung für die nach 1945 zugewanderten katholischen Polen oder Italiener in solchen Gebieten um so schwieriger. Im Bassin du Nord und Pas-de-Calais z. B., wo der Prozentsatz der praktizierenden Katholiken nur 8—10 % ausmacht, leben gemeinsam mit ihren Seelsorgern ansehnliche Gruppen von Polen, unter denen eine dreimal so hohe Teilnahme am kirchlichen Leben herrscht. Die Aufzählung der alten oder neu entstehenden sozialen Probleme innerhalb der Montanunion ließe sich beliebig vermehren. Besonders wenn man an die Zukunft denkt. Italien steht eine rasche Ausweitung der Industrie bevor. In Westeuropa bilden sich neue industrielle Schwerpunkte, die die Bevölkerungsmassen anziehen, vor allem an den Küsten wegen der zunehmenden Export-Import-Orientierung (z. B. Ymuiden, westlich Amsterdam). Dadurch werden neue Wanderungen und neue Gruppierungen mit allen sozialen Folgen ausgelöst werden.

Der Luxemburger Kongreß

Mit allen diesen Fragen befaßte sich der Luxemburger Kongreß. Er war von einer internationalen wissenschaftlichen Kommission durch zahlreiche Einzelstudien und Erhebungen vorbereitet worden. Dieser Kommission gehörten an: Prof. J. Labbens, Lyon, F. Houtart, Brüssel, W. Menges, Frankfurt, I. Rosier OCarm, Rom, E. Bodzenta, Wien, T. Stark, Genf, W. Kusters, Den Haag, und C. Thoen, Den Haag.

Auf Grund dieser Vorstudien war es den neun Arbeitsgruppen (Christl. Normen für die Anpassung der Einwanderer, Leiter F. Houtart, Brüssel; Arbeitskräftebedarf und Arbeitskräftebeschaffung, J. Triem, Aachen; Wohnung und Raumordnung, Prof. L. Neundörfer, Frankfurt; Religiöse Struktur der Bergbaugebiete, Prof. J. Labbens, Lyon; Sozial-kulturelle Versorgung, U. Stefani, Brüssel; Sozialhygienische Versorgung, Prof. Villani, Rom; Fragen der Anpassung, I. Rosier OCarm, Rom; Koordination der Aktivitäten bezüglich der innereuropäischen Wanderung, J. Schauff, Genf; Forschung und Planung, Prof. Zeegers, Den Haag) möglich, sehr rasch Konkretes zu leisten.

In intensivster Arbeit gelang es, eine ganze Reihe von Empfehlungen zur Lösung der Probleme auszuarbeiten. Dazu gehört vor allem ein umfassendes sozialwissenschaftliches Studium der Verhältnisse. Es sind ferner die Fragen der Raumordnung und des Wohnungsbaues weit großzügiger als bisher zu lösen. Der sozial-kulturellen Versorgung der Bergbau- und Industriegebiete soll das gleiche Augenmerk wie den wirtschaftlichen Fragen gewidmet werden. Die religiöse Betreuung der Emigranten ist im Sinne der Apostolischen Konstitution *Exsul Familia* (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 492 ff.) zu sichern. Die sozial-hygienischen Maßnahmen sind weiter auszubauen. Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen ist zu koordinieren, die Anpassung der Fremdarbeitergruppen zu ermöglichen usw.

Die Arbeit des Kongresses wird in den verschiedenen Ländern und am Sitz der Hohen Behörde weitergehen. Die Teilnehmer zeigten sich fest entschlossen, sich mit ihren Kenntnissen in ihren Funktionen aktiv für die Durchsetzung der Resolutionen einzusetzen, „denn unser Ziel besteht darin“, wie es Prof. Zeegers in der Schlußansprache formulierte, „dafür zu wirken, daß aus einer Gemeinschaft der Güter eine Gemeinschaft der Menschen werde“.

**Polen nach
den Wahlen**

Nach der Meldung des amtlichen polnischen Pressedienstes gaben bei den polnischen Sejm-Wahlen am 20. Januar 1957 von 17,944 Millionen Wahlberechtigten 16,892, das heißt 94,14% ihre Stimme ab. Von ihnen stimmten 16,563 Millionen für die Kandidaten der Nationalen Einheitsfront, die also 98,4% aller gültigen Stimmen auf sich vereinigte. Die höchste Stimmzahl erhielt Gomulka selbst, nämlich 99,44%. An fünfter Stelle folgt der Vorsitzende des neugegründeten Klubs katholischer Intellektueller, Jerzy Zawieyski, mit 98,05%. Auch ein anderer katholischer Kandidat, der Redakteur des wieder erscheinenden Krakauer Blattes „Tygodnik Powszechny“, Stanislas Stomma, schlug in seinem Wahlkreis prozentual den Ministerpräsidenten Cyrankiewicz. Jedoch sind die führenden Mitarbeiter Gomulkas sämtlich wiedergewählt worden, und die „Vereinigte Arbeiterpartei“ verfügt für sich allein über die absolute Mehrheit im neuen Parlament. Unter den 459 Abgeordneten erlangten die beiden nichtkommunistischen Parteien, die sich mit den Kommunisten zur Nationalen Einheitsfront vereinigt hatten, nämlich die „Vereinigte Bauernpartei“ und die „Demokratische Partei“ ein rundes Drittel der Mandate, und etwa 15% der Abgeordneten kandidierten auf der Einheitsliste mit Zustimmung der Einheitsfront als Parteilose.

Katholiken im Sejm

Unter den letzteren sind, wie wir einer Liste des „Slowo Powszechno“ entnehmen, die auch von „La Croix“ (3./4. 2. 57) veröffentlicht wurde, zehn Katholiken. Fünf von ihnen, nämlich Zawieyski, Kisielewski, Stomma, Makarczyk und Golubiew, gehören dem Club der Intellektuellen an. Zwei waren schon im alten Sejm, und zwar damals als Mitglieder der Pax-Gruppe, von der sie sich jedoch im Oktober getrennt hatten, nämlich die Abgeordneten Frankowski und Lubienski. Drei werden nach der uns vorliegenden Meldung als Mitglieder der Pax-Gruppe bezeichnet, der Abgeordnete Kononowicz und die Damen Bialowna und Pieniezna. Wie es heißt, genießt die Gruppe um Zawieyski das volle Vertrauen der Hierarchie.

Zawieyski und Stomma haben am 20. Januar im „Tygodnik Powszechny“ die Gründe für ihre Kandidatur dargelegt: „Wir kandidieren nicht, um die Macht zu ergreifen, oder weil die gegenwärtige Situation unserer politischen Auffassung entspricht, sondern weil unser Gewissen und unser christlicher Sinn uns sagen, daß wir zu unserer Verantwortung stehen müssen in dem geschichtlichen Augenblick, in dem wir leben.“ Sie sind sich der Tatsache bewußt, daß die Macht auch in Zukunft bei der kommunistischen Partei liegen wird. Aber A. P. Grégoire sagt vom Sinn ihres Mandates angesichts der Verhältnisse im heutigen Polen: „Sie können das christliche Gewissen des Parlaments werden und die Bürgen für die Einigung aller Polen zur Rettung des Vaterlandes“ („La Croix“, 19. 1. 57).

Die Rettung des Vaterlandes war das Leitmotiv der Wahlen. Das Wahlgesetz sah eine Einheitsliste vor, deren Kandidaten von der „Nationalen Einheitsfront“ gesiebt werden sollten. Immerhin blieb den Wählern die Möglichkeit, die 459 Abgeordneten aus 723 Kandidaten auszuwählen. Der Wähler konnte, wenn er nicht überhaupt

der Wahl fernblieb, mißliebige Personen streichen. Gomulka ging also ein echtes Risiko ein. Und es zeigte sich im Wahlkampf, wie ernst dieses Risiko war. Zunächst war schon ein gewisses Mißbehagen sichtbar geworden bei der Auswahl der Kandidaten; denn es waren von lokalen Organisationen, Betrieben usw. Tausende von Vorschlägen eingereicht worden, die zum größten Teil nicht berücksichtigt werden konnten. Die Opposition gegen die zentrale Auswahl machten sich dann vor allem die Stalinisten zunutze. Sie propagierten Wahlenthaltung bzw. Streichung von Kandidaten, um das Regime Gomulka an den Wahlen scheitern zu lassen, was nach allgemeinem Urteil zu einer Intervention Rußlands geführt haben würde. So mußte Gomulka in immer dringenderen Reden und Aufrufen um ein Vertrauensvotum werben. Seine letzte Parole lautete: „Die Kandidaten unserer Partei zu streichen, bedeutet, die Unabhängigkeit unseres Landes auszustreichen, Polen von der Karte der europäischen Staaten zu streichen.“

Die Haltung der Kirche

Die katholische Kirche hat Gomulka unterstützt. Am Montag vor der Wahl fand eine Unterredung zwischen Cyrankiewicz und Kardinal Wyszynski statt. Am Dienstag schrieb der Sekretär der Bischofskonferenz, Msgr. Choromanski, an alle Geistlichen: „Der Sonntag des 20. Januar ist der Tag der allgemeinen Sejmwahlen. Die katholischen Staatsbürger haben ihre Pflicht zur Teilnahme an den Wahlen zu erfüllen. Der katholische Klerus wird die Gottesdienste so abhalten, daß alle Gläubigen ohne Hindernisse ihren religiösen und ihren Wahlverpflichtungen nachkommen können.“ Kardinal Wyszynski gab seine Stimme kurz vor Schluß der Wahlzeit ab. Der „Osservatore Romano“ kommentierte die Situation in einer Betrachtung über die polnischen Wahlen so: „In einem dramatischen Augenblick des nationalen Lebens in Polen besannen sich die neuen Staatslenker auf eine Tatsache, die ihre Vorgänger vergeblich zu leugnen und hinwegzuschaffen versucht hatten: praktisch appellierten sie an das sittliche Gewissen der Katholiken, um einen blutigen und angesichts der gewaltigen Ungleichheit der Kräfte und des ‚internationalen Gleichgewichts‘ nutzlosen Aufstand zu verhindern. Sie baten also um Hilfe und schufen Mindestbedingungen, unter denen die Katholiken zustimmen konnten“ (25. 1. 57). Der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ (23. 1. 57) überschreibt seinen Wahlbericht aus Warschau: „Gomulka verdankt seinen Sieg dem Übereinkommen mit der Kirche.“

Aber sowohl dieser Korrespondent, indem er die Auffassungen von Kardinal Wyszynski interpretiert, wie der „Osservatore“ in dem genannten Aufsatz wollen nicht, daß das Wahlergebnis zu einer „Konfusion“ in der Beurteilung der Lage in Polen, das heißt zu einem erleichterten Aufatmen in Westeuropa führe. Die Polen hatten nur die Wahl und haben nur gewählt, so sagt der „Osservatore Romano“, zwischen einem „neuen Kurs des Kommunismus“ und der sowjetischen Gewalt. Deswegen hat auch die Stellungnahme der polnischen Bischöfe nicht mehr zu bedeuten, als daß sie ihrem Volk das Schicksal Ungarns ersparen wollten. Die Zukunft werde sich erst angesichts des weiteren Verhaltens Gomulkas und der Sowjets klären. „Es besteht deshalb kein Anlaß, sich in irgendeiner Beziehung Optimismen hinzugeben.“

Anzeichen künftiger Auseinandersetzungen

Die Regierung hat bisher die Vereinbarungen mit der Kirche loyal erfüllt. Als Beispiel dafür kann ihr Verhalten gegenüber Protesten aus Kreisen von Freidenkern und Atheisten gegen die Einführung des Religionsunterrichts genannt werden. Der Ministerpräsident beantwortete sie mit der Erklärung: „Wir sind der Ansicht, daß die Frage, ob ein Kind am Religionsunterricht teilnehmen soll oder nicht, von den Eltern beantwortet werden muß und später von dem Kind selbst. Wir glauben, daß die besten Ergebnisse in der Erziehung erzielt werden, wenn in dieser Sache eine freie Wahl gegeben ist.“ Schon jetzt regen sich Stimmen wie die von Zbigniew Florczak in „Nowa Kultura“: Man müsse nun nachgerade in Polen schon Mut aufbringen, um ein Ungläubiger zu sein. Und die Atheisten haben sich in Warschau in einem Klub der Gottlosen zusammengeschlossen, der sich das Ziel gesetzt hat, einen Verband der polnischen Freidenker ins Leben zu rufen. So zeichnet sich neben dem zähen politischen Kampf der Stalinisten auch ein weltanschauliches Ringen ab, das der Regierung Schwierigkeiten bereiten wird, selbst wenn sie loyal sein will.

Aber es gibt auch Symptome für eine weiträumige Bereitschaft zu ehrlicher weltanschaulicher Auseinandersetzung. Dafür sollen nur zwei Beispiele angeführt werden. Auf dem Kongreß des polnischen Schriftstellerverbandes anfangs Dezember forderte der junge Chefredakteur der vorhin genannten Zeitschrift „Nowa Kultura“, Woroszyński, mit Leidenschaft, daß es ein Prinzip der Revolution werden müsse, die Wahrheit zu sagen. Er tat das im Hinblick auf die Absichten der Sowjetpolitik und mußte sich von Zawieyski und Kisielewski zur Geduld mahnen lassen. Und die Zeitschrift der jungen kommunistischen Intelligenz in Polen „Po Prostu“ erhebt in einem Aufsatz, der von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (23. 1. 57) abgedruckt wurde, mit nicht geringerer Leidenschaft die Frage: „Wo bleibt der Humanismus im Kommunismus?“ Sie fordert eine Katharsis in dem Sinn, daß die Politik nicht mehr die Moral erschlagen dürfe. Die Rückkehr zum Leninismus müsse deshalb geschehen „gleichzeitig mit der Revision dessen, was nicht mehr aktuell und im Hinblick auf die neue historische Situation veraltet ist“.

Formierung katholischer Kräfte

Die Formierung der katholischen Kräfte zu dieser ideologischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ist in voller, wenn auch nicht gerade organischer Entwicklung begriffen. Wie sollte es anders sein, da die Katholiken, bis zum Oktober 1956 ins Getto getrieben, miteinander kaum Kontakte pflegen und zu allem geistigen und sozialen Geschehen nur schweigen konnten? Es wird jetzt über immer neue Zusammenschlüsse verschiedenster Kreise in allen Teilen Polens berichtet. In Warschau hat sich ein „Katholischer Klub der Arbeit“ gebildet, der die geistige Tradition der nach dem Krieg in Polen wiedererstandenen katholischen Arbeiterbewegung aufnehmen will. Vor allem aber scheint die Tendenz zum Zusammenschluß in der jungen katholischen Intelligenz sehr lebhaft zu sein. Und auf sie wird es ja auch hauptsächlich ankommen.

Die zur Zeit führende geistige Bewegung scheint sich um Zawieyski und seinen „polnischen Klub katholischer Intellektueller“ zu kristallisieren. Dieser Kreis besitzt in

der wiederbegründeten Zeitung „Tygodnik Powszechny“ das einflußreichste und am meisten in die Breite wirkende Publikationsorgan und zudem das Vertrauen der Bischöfe und Gläubigen.

Die zweite Gruppe wird von den aus der Pax-Gruppe ausgeschiedenen „Dissidenten“ Frankowski, Lubiński, Horodyski, Ketrzynski, Krasinski und Micewski gebildet, die zwar mit Piasecki zusammengearbeitet haben, jedoch wohl in der ehrlichen Absicht, wirklich der Kirche zu dienen und ihr ein Minimum von Kontakt mit dem öffentlichen Leben im Staate zu erhalten.

Endlich sucht auch Piasecki die Pax-Bewegung wieder zu konsolidieren, obwohl er sich die Gunst Gomulkas verscherzt hat und auch nicht mehr in den Sejm gewählt wurde. Jedoch kontrolliert er noch das beträchtliche Vermögen der Pax-Gesellschaften und ihre Presse mit 400 000 Stück Gesamtauflage. Zu ihm halten, wie es scheint, noch der Schriftsteller Jan Dobraczynski und einige andere Intellektuelle des früheren Kreises sowie zahlreiche von ihm wirtschaftlich Abhängige und ein gewisser Teil der Leserschaft seiner Organe. Es wird also noch einige Zeit dauern, bis über die Entwicklungen und wohl auch Spannungen, die im katholischen Polen ausgetragen werden, Genaueres berichtet werden kann.

Rückkehr zur Gewaltherrschaft in Ungarn

Staatsminister Marosan, der in der Regierung Kadar die Rolle eines Propagandaleiters spielt, hat Agentur-Meldungen zufolge am 7. Februar 1957 erklärt: „Im Jahre 1945 haben wir die Gelegenheit versäumt, die Reaktion zu zerschlagen. Diesmal werden wir sie aber auslöschen.“ Auch wenn er dieses brutale Wort nicht gesprochen hätte, würden der Terror und die Wiederherstellung des Rakosi-Systems für die Absichten der gegenwärtigen Machthaber zeugen.

Todesurteile und Standrecht, Polizeiwillkür und Menschenjagd haben eine Atmosphäre dumpfen Schweigens über das Land gebreitet. „Es ist notwendiger als alles andere, daß auf den Straßen eine gut bewaffnete Miliz gesehen wird, welche die Staatsdisziplin wiederherstellt“, so kommentiert das Regierungsblatt „Nepszabadsag“ (3. 2. 57) dieses Bild.

In demselben Aufsatz liest man, die Demonstration des Terrors sei sogar wichtiger als die Reorganisation der Partei, womit das zweite Ziel angesprochen wird. Der Wiederaufbau der Partei, die jetzt wieder etwa 160 000 Mitglieder zählen soll, ist auf der untersten Ebene der einfachen Mitglieder nicht so schwierig; denn die Mitgliedskarte schützt vielleicht vor der überall drohenden Arbeitslosigkeit. Die Verlegenheit bezieht sich auf das Führungskorps. Notgedrungen greift man auf die Funktionäre aus der Rakosi-Zeit zurück; denn wer sollte sich sonst für eine führende Rolle engagieren? Es ist die alte, zum Teil persönlich schwer belastete „Garde“, auf die Kadar sich stützt, und sonst auf niemanden: exemplarische Terrorherrschaft. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (10. 2. 57) schreibt: „Alle Berichte aus Ungarn besagen, daß gegenwärtig im Lande und besonders in Budapest ein Polizeiterror herrscht, wie er bisher noch nie erlebt wurde.“

Die Wiederherstellung des Rakosi-Systems ist das politische Nahziel, soweit diese Regierung überhaupt die Möglichkeit besitzt, Politik zu treiben. Ihre Politik besteht im wesentlichen in folgenden Maßnahmen: 1. Wie-

derherstellung des Arbeitszwanges, 2. Entmächtigung der Arbeiterräte, 3. Wiederherstellung des Kolchosbetriebes in der Landwirtschaft, 4. Unterdrückung aller freien Gruppierungen, wobei besonders Schriftsteller, Journalisten, Studenten, höhere Schüler, ehemalige Armeeangehörige, aber auch die Arbeiterschaft ins Visier genommen werden mußten und wozu man zu der blamablen Maßnahme eines allgemeinen Versammlungsverbot bis zum 31. März gegriffen hat, 5. Erneuerung des Kampfes gegen die Kirche. Mit dieser Politik hat die Regierung auch den letzten Anschein des Zusammenhanges mit der Revolution vom Oktober aufgegeben. Sie deklariert sich als ein Organ sowjetischer Vergeltung, als reines Exekutivkomitee. Manche Ungarn sagen, daß der schon einmal gefoltete und in dieser Folter seiner Fingernägel beraubte Janos Kadar das erste Opfer der Sowjets geworden sei. Er sei bisher immer nur in sowjetischer Begleitung gesehen worden, während der genannte Marosan und der Polizeiminister Ferenc Münnich, ein sowjetischer Staatsangehöriger, frei ausgehen können. Allein die bloße Glaubhaftigkeit dieser Details kennzeichnet die makabre Szenerie des unglücklichen Ungarn.

Aufstandsmeldungen und Aufstandsgerüchte, Äußerungen über bevorstehende Verzweiflungstaten und Ausdrücke verzweifelnder Ergebung geistern im Lande und über die Grenzen hinaus. Ein Überblick über alle vorliegenden Nachrichten, die nur zum Teil kontrollierbar sind, erzeugt den Eindruck, daß das ungarische Volk sich von überall verraten und verloren sieht, daß es nun zwischen dem Zwang, zu leben, und der Notwendigkeit, auf das Leben zu verzichten, sich weiter fristet. „Keine Westanleihe für Kadar“, sagte einer der westlichen Korrespondenten. „Lieber hungern als diesen das Leben verlängern.“ „Die Revolution ist tot“, so überschrieb Endre Marton nach seiner Flucht in der Zeitung „Die Welt“ (26. 1. 57) seinen Eindruck, „aber der Widerstand geht weiter.“ Dieser Widerstand in seinen Formen ist schon öfter mit der französischen Résistance während des Krieges verglichen worden. Er ist fast unsichtbar geworden, aber er nutzt die kleinsten Möglichkeiten.

Die Kirche ist bisher vor allem dadurch betroffen worden, daß die Einrichtung des Religionsunterrichtes eingeschränkt wurde. Es dürfen jetzt nur die Kinder daran teilnehmen, die schon zu Beginn des Schuljahres, also vor der Revolution, angemeldet worden waren. Diese Einschränkung ist damit begründet worden, daß der Religionsunterricht als Instrument der „Konterrevolution“ mißbraucht worden sei. Kadar selbst hat eine Formulierung für diese Maßnahme gefunden, die in dieser Deutlichkeit schon lange nicht mehr gehört worden ist. Auf einer Versammlung erklärte er: „Wir werden es nicht dulden, daß die reaktionären Elemente weiterhin Einfluß auf unsere Schulen haben und daß man unsere Kinder quält, indem man ihnen den Begriff von einem Gott einimpft.“ Diese Bemerkung kennzeichnet den Wandel der Gesinnung gegenüber dem Regierungsprogramm vom 6. Januar, in dem es hieß, daß die Religion eine Sache persönlicher Auffassung sei. Die veränderte Situation fand einen kleinen Ausdruck darin, daß der Kultusminister Konya den amtierenden Vorsitzenden der ungarischen Bischofskonferenz, Erzbischof Grösz von Kalocsa, zwei Stunden in seinem Vorzimmer warten ließ, um ihm dann sagen zu lassen, er könne ihn wegen Zeitmangels nicht empfangen.

Die Feindseligkeit gegen die Kirche äußert sich auch darin, daß nach Meldungen eine ganze Anzahl von Priestern in den letzten Wochen unter dem Verdacht der Konterrevolution verhaftet worden sind.

Aus Rom dagegen erfährt KNA (9. 2. 57), daß die Konzilskongregation den ungarischen Zisterziensermönch Richard Horvath wegen Auflehnung gegen die kirchliche Autorität exkommuniziert hat und alle Geistlichen, die im Besitz kanonisch unrechtmäßig verliehener Ämter sind, unter Androhung derselben Strafe aufgefordert hat, diese Ämter aufzugeben. Diese Nachricht ist insofern wichtig, als sie zeigt, daß der Apostolische Stuhl die Integrität der kirchlichen Gemeinschaft ohne Opportunitätsrücksichten, jedoch im Rahmen des jeweils Möglichen wahrte.

Aus Amerika

Christliche Bessinnung in den bolivarianischen Staaten

Sechs lateinamerikanische Republiken besitzen ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl, weil sie alle ihre Existenz als freie Staaten dem großen Freiheitshelden Simón Bolívar zu Beginn des vorigen Jahrhunderts verdanken. Es sind dies die fünf südamerikanischen Länder Bolivien, Perú, Ecuador, Kolumbien und Venezuela und das mittelamerikanische Panamá. Diese sechs Länder haben schon 1949 zum erstenmal einen gemeinsamen Eucharistischen Kongreß veranstaltet. Der zweite fand Mitte Dezember in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, statt. Die großen feierlichen Veranstaltungen des Kongresses entfalteten sich vom 12. bis 18. Dezember in den hochmodernen neuen Stadtteilen mit Gottesdiensten im Freien, unter denen die Erstkommunion von 23 000 Kindern und die Übertragung der Papstbotschaft zum Abschluß Höhepunkte bildeten. Diesen Tagen gingen Studientage voraus, in denen rund 200 Delegierte aus den sechs Ländern in der ganz modernen Universität Andres Bello in drei Gruppen über drei der dringlichsten Probleme dieser lateinamerikanischen Staaten diskutierten: über die Sozialdienste, über das Laienapostolat und über das Leben in den Pfarreien. Die Entschließungen, die diese drei Studiengruppen erarbeiteten, konnten auf dem Eucharistischen Kongreß veröffentlicht werden.

Gegenüber den sozialen Fragen waren sich die Teilnehmer der Tagung darüber einig, daß hier mehr gehandelt und weniger geredet werden müßte. Die sozialen Probleme sind in der Tat ja in den lateinamerikanischen Ländern äußerst dringlich, und heute werden sich die Katholiken dessen bewußt, daß sie sich nur auf Grund der christlichen Soziallehre glücklich lösen lassen. Auf der Tagung in Caracas vollzog sich damit ein weiterer Schritt des Übergangs von einem „Glauben aus gefühlsmäßigen Gründen“ — wie der venezolanische Soziologe Dr. Rafael Caldera in einem Vortrag sagte — zu einem seiner Aufgaben bewußten, missionarischen Glauben, wie er sich heute in den lateinamerikanischen Ländern anbahnt. An der Verwirklichung zumal auch der sozialen Folgerungen aus dem christlichen Glauben sollten, wie auf der Tagung gesagt wurde, alle mitarbeiten, Kinder und Hausfrauen, gelernte und ungelernte Arbeiter, überhaupt alle ohne Unterschied ihrer Position im Leben.

Zu den Diskussionsthemen gehörten weiter die Heranbildung von Laienaposteln, die Lage der Kirche in der modernen Welt, der Mangel an Priesterberufen (bekannt-

lich eines der schwersten Probleme Lateinamerikas, vgl. ds. Jhg., S. 223 ff.) und die daraus folgende religiöse Ignoranz des Volkes. Ein wichtiges und sehr aktuelles Diskussionsthema war auch die Sorge für die durch die rasche Industrialisierung, zumal in der südamerikanischen Erdölindustrie, heraufbeschworene ständig zunehmende Abwanderung von Menschen vom Land in die Städte, für deren seelisches und materielles Wohl gesorgt werden muß. Überhaupt fanden alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen das vorzüglichste Interesse der Tagungsteilnehmer, und eine der Hauptbemühungen galt der Klärung des Begriffs der Würde der Arbeit.

Wichtige Richtlinien empfingen die Versammelten dabei durch einen Vortrag des Führers und Gründers der Christlichen Arbeiterjugend (JOC), des belgischen Prälaten Msgr. Cardijn. Er betonte insbesondere die Rolle und Aufgabe der christlichen Laien bei der Lösung der sozialen Fragen. Msgr. Cardijn erinnerte an das Interesse, das die Kirche ihrer Natur nach für die Armen haben müsse.

Ein anderer Redner, der oben erwähnte Dr. Rafael Caldera, betonte auch eine andere dringliche Aufgabe der bewußten Christen Lateinamerikas: „Das Volk Lateinamerikas hat die unabwiesbare Pflicht, jene große Zahl von Menschen zu retten, die alljährlich von der Kirche abfallen.“ Nur wenn ihnen das gelinge, dürften sie einige Hoffnung haben, ihre christliche Sozialarbeit von Erfolg gekrönt zu sehen. Dabei hoffte er, daß, wenn sie ihre Anstrengungen mit denen des „starken nordamerikanischen Katholizismus“ zusammentun könnten, ihr Wirken mehr Erfolg haben würde.

Um den Laien die größtmögliche Diskussionsfreiheit zu lassen, hielten sich die Bischöfe von diesen Diskussionskreisen fern. Jedem der drei Kreise wohnte nur ein Priester bei, der abends die Diskussionsergebnisse mit den Bischöfen besprach. Übrigens nahmen viele junge Menschen mit Eifer und Besonnenheit an den Diskussionen teil.

Die Studententagung galt zugleich auch als eine Vorbereitung auf den II. Weltkongreß für Laienapostolat, der in diesem Jahr in Rom stattfinden soll und auf den man sich in vielen Ländern bereits durch ähnliche Kongresse vorbereitet.

Aus den Missionen

Die katholischen Schulen in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi. Missionsgebetsmeinung für April 1957

Es geht den gläubigen Katholiken in Belgien besonders nahe, daß ihr großartiges Schulwerk im Kongo Gegenstand einer Missionsgebetsmeinung geworden ist. So schreibt die Katholische Nachrichtenagentur „Ultramare“ (21. 1. 57): „Wir prangen bei den Missionsgebetsmeinungen neben den Kommunisten Chinas, den Mohammedanern Pakistans, den Heiden Indiens. Daß dort dem katholischen Glauben entgegengewirkt wird, können wir noch begreifen, aber im Kongo, durch Belgier und von Belgien aus... Es ist erniedrigend! Die Gläubigen der ganzen Welt werden nun zum Gebet aufgerufen — eigentlich zum Gebet für die gottlosen kirchenfeindlichen Belgier, die doch meist katholisch getauft sind. Ist das nicht peinlich?“

Nach dem Stande vom Juli 1955 gab es in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi 899 000 Schüler und 321 000

Schülerinnen in den katholischen Schulen aller Grade. In allen afrikanischen Gebieten der Kongregation der Glaubensverbreitung zählte man zum gleichen Datum 3 400 638 Schulbesucher. Über 35 Prozent aller Besucher katholischer Schulen im eigentlichen Missionssektor des Erdteils kommen also auf das belgische bzw. belgisch verwaltete Gebiet in Innerafrika. Dank der Entfaltung des katholischen Schulwesens (das protestantische weist nur 235 000 Schüler auf) besuchen im Kongogebiet 44—45 Prozent aller im Schulalter stehenden Kinder und Jugendlichen die Schule. Das ist ein sonst nirgendwo in Afrika erreichter Prozentsatz. Im Herzen des Erdteils ist auch das Herzstück des katholischen Schulwesens, das nun von der derzeitigen liberal-sozialistischen Kammermehrheit Belgiens unterminiert wird, die indessen beteuert, es handele sich nur um ein Experiment, einen Versuch zur Wahrung der Gewissensfreiheit, die durch das christliche Schulmonopol bedroht sei. Im übrigen wolle man einen edlen Wettstreit des seit drei Jahren im Aufbau begriffenen neutralen Unterrichts mit den christlichen Schulen auf dem Boden vollständiger Gleichberechtigung. Und was die Religion angehe, so könnten auch die Besucher der neutralen Schulen auf Wunsch Religionsunterricht erhalten. Es sei eine Verleumdung, wenn man die neuen Staatsschulen als gottlos bezeichne.

Die Lage im Schulkampf

Über den Schulkampf in Belgisch-Kongo hat die Herder-Korrespondenz schon zusammenfassend berichtet (9. Jhg., S. 258; ds. Jhg. S. 59 und 61). Obwohl die Kolonialregierung durch die feste Haltung der Bischöfe, die angesichts der ihren Schulen aufgezwungenen unerträglichen finanziellen Lasten sogar mit der sofortigen Schließung aller katholischen Schulen drohen mußten, auf die Achtung eingegangener Verträge zurückgezwungen wurde und obwohl die Bischöfe schweren Herzens ein neues Abkommen annahmen, das für die Gründung neuer Schulen der katholischen Mission nur 45 % der Mittel für die Entfaltung des Schulwesens zugesteht, ist von einer Beilegung des Schulkampfes keine Rede. Die von der belgischen Regierung in alle Schlüsselstellungen des Kolonialschulwesens eingeführten antiklerikalen Funktionäre suchen unter Benutzung verwaltungstechnischer Kniffe aller Art die katholischen Schulen zu schädigen, wo sie es können, und die Werbung für die Staatsschulen, die mit reichen Mitteln ausgestattet werden, geht unentwegt unter den Schwarzen weiter. Die liberale „Liga für den Unterricht“ ist von Belgien nach dem Kongo verpflanzt worden und sucht überall Ortsgruppen zu gründen. Ein breiter Strom antiklerikaler Propaganda geht durch den Kongo. Kein Beamter, der sich im Schulkampf Übergriffe gegen die Kirche erlaubte, wurde von der Regierung desavouiert. Selbst da, wo man Gesetzwidrigkeiten zugeben mußte, wurden die Schuldigen nachher oft befördert. Zur Zeit des Höhepunktes der Spannungen zwischen Kirche und Regierung tanzte auf einem Ball ehemaliger Frontkämpfer einer der höchsten Beamten des Unterrichtsdepartements zusammen mit Weißen und Schwarzen nach dem Rhythmus einer Melodie „A bas la calotte“ („Nieder mit den Pfaffen“), und in der Hauptstadt Léopoldville ging unter den Einheimischen ein Lied um: „Wir sind die Leute, die von Gott nichts wissen wollen und die Sünde suchen. Und ihr Missionare: laßt euch den Bart scheren“, d. h. macht euch von dannen (vgl. „Les Dos-

siers de l'Action Sociale Catholique“, Brüssel, März 1955). In der augenblicklichen Situation, die es der Regierung unmöglich macht, das katholische Schulwesen zu ersetzen, sucht man natürlich, den Bruch zu verhüten und ist gezwungen zu verhandeln. Aber über das Ziel der belgischen Regierungskoalition ist kein Zweifel. Dem dunklen Kongo, schwarz in seinen Bewohnern und schwarz durch die klerikale Vorherrschaft, will man das Licht der Aufklärung bringen. Katholischerseits übt man im Augenblick stärkste Selbstdisziplin, um eine Verschärfung der Lage im Interesse der Kongobevölkerung zu verhüten. Dazu kommt, daß die rasend schnelle „Evolution“ im Kongo neue, bisher nicht gekannte Schulprobleme sichtbar macht, die nur in Verbindung mit dem Staat gelöst werden können. Das von den Bischöfen zu Beginn des Schulkampfes eingerichtete Erziehungsbüro im Kongo, das unter Leitung eines belgischen Schulfachmannes, des Kanonikus Moerman, steht, leistet rein sachliche Arbeit und sucht eine entsprechende Atmosphäre bei den Verhandlungen in Léopoldville und Brüssel, um aus der schwierigen Lage das Bestmögliche für die katholische Schule und für das geistige Wohl eines Gebietes herauszuholen, das bisher als eines der ruhigsten Afrikas galt, in das aber nun (auch ohne den Einfluß des Schulkampfes) die „modernen Ideen“ einzuströmen beginnen. Dennoch fehlt es nicht an Provokationen. Nach neuesten Mitteilungen sucht man in den Büros der zuständigen Schulbehörden noch immer die Erledigung der sogenannten „dossiers“, d. h. die Freigabe der etatmäßig für die katholischen Schulen aufgestellten Finanzpläne, systematisch hinauszuschieben, um dann am Ende des Finanzjahres die nicht zur Auszahlung gelangten Summen zu streichen. Seit 1950 hat man auf diese illoyale Weise 60 Millionen Francs den katholischen Schulen entzogen. Am 21. September 1956 gab man für einen Schulbau 2,5 Millionen Francs frei, unter der Bedingung, daß der Bau in drei Monaten vollendet sei. Aber schon am 10. Oktober erhielt die betreffende Mission die Mitteilung, der Kredit sei annulliert „angesichts der beträchtlichen Verzögerungen (seitens der Regierung!) bei der Bearbeitung des Finanzplanes für das Unternehmen“. Der wahre Geist, der das Ministerium beseelt, tat sich jüngst bei der Schaffung der neuen Staatsuniversität zu Elisabethville kund. Alle neuernannten leitenden Männer sind Antiklerikale bzw. Freimaurer. Der Staatsuniversität wurde eine Sozialschule angegliedert, die das Institut Solvay (Brüssel) gegründet hatte, das seinerseits der durch ihren antikirchlichen und antireligiösen Geist berüchtigten Freien Universität Brüssel angegliedert ist. Es ist offensichtlich, daß man der von den belgischen Katholiken bzw. der Universität Löwen gegründeten Katholischen Universität im Kongo (dem „Lovanium“ in Kimuenza bei Léopoldville) eine reich dotierte liberale Staatsuniversität gegenüberstellen will, zu der Vorschulen im Lande die Zubringerdienste leisten sollen. Der seit Jahren ausgeheckte Plan der Antiklerikalen ist eindeutig auf die Gewinnung der kleinen Schar der Evoluiereten gerichtet, die sich augenblicklich in einer besonders kritischen Geistesverfassung befinden und nicht nur nach politischer und sozialer Emanzipation streben, sondern auch oft recht gerne die moralischen Bindungen des Christentums gegen das „libre examen“, die sittliche Autonomie, eintauschen. Zwar hat der in Hast und mit Außerkurssetzung gesetzlicher und verwaltungsrechtlicher Normen geschaffene „neutrale“

Staatsunterricht erst 21 700 Schüler, die man mit großen Versprechungen zusammengetrommelt hat. Aber es kommt vorläufig nicht auf die Zahl an, wenn man auf Elitebildung ausgeht. Die Gründung von 4 Gymnasien und von 14 Klassen für zukünftige Volksschullehrer, von 3 Schulen für zukünftige Verwaltungsbeamte und von Berufsschulen in 6 Städten zeigt, was man im Schilde führt.

Geschichtlicher Rückblick

Zum Verständnis des Schulkampfes ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick unerlässlich. König Leopold II. hatte als Souverän des Unabhängigen Kongostaates die katholischen Missionare eingeladen, in dem noch unerschlossenen Lande das Erziehungswerk unter den Eingeborenen zu beginnen, und er leistete dabei hochherzige moralische und finanzielle Hilfe. Als der Kongo 1908 belgische Kolonie wurde, schloß die belgische Regierung eine Konvention mit dem Hl. Stuhl, in der u. a. jedem Missionsposten, der eine Schule gründete, 100 ha Land zugesagt wurde. Als das Schulwesen sich entfaltete, sah man ein, daß man die wachsenden Schullasten nicht der Mission allein aufbürden könne. Eine liberale Regierung, nicht eine „klerikale“, schloß deshalb im Jahre 1925 eine auf 20 Jahre befristete Konvention mit den „Nationalen Missionen“, die den Schulen finanzielle Hilfe bot und gleichzeitig das staatliche Aufsichtsrecht über das Unterrichtswesen festlegte. Der liberale Minister Franck hielt die Zusammenarbeit mit den Missionen im Interesse der zivilisatorischen Entwicklung des Kongo für unerlässlich und gab dieser Überzeugung auch in der Kammer Ausdruck. Seine Erklärung auf dem Kolonialkongreß von 1930 hat man in Belgien in den letzten Jahren oft zitiert: „In der sittlichen Erziehung muß man vor allem auf die Missionen rechnen. Ohne sie kann nichts Dauerhaftes geschaffen werden . . . Das Leben der Eingeborenen ist tief von Religiosität durchdrungen und vom Mysterium beherrscht.“ Die belgischen Sozialisten, deren Blick bis 1951 ausschließlich auf die belgische Innenpolitik gerichtet war, machten die Kolonialschulpolitik der liberalen und christlichen Regierungen jahrzehntelang mit. Sie hatten darüber bis dahin keine eigene Meinung. Als die erste Konvention erloschen war, wurde im Jahre 1948 eine zweite, ebenfalls auf 20 Jahre festgelegte Konvention mit den „Christlichen Missionen“ abgeschlossen. Wachsenden Staatshilfen entsprachen wachsende finanzielle Belastungen der Missionen hinsichtlich der vom Staat geforderten Ausbildung der Lehrkräfte, der Entwicklung der Schultypen und des Unterhalts der Schulgebäude. Die katholischen Schulen hatten um 1948 schon die Sorge für die Erziehung von rund 800 000 Schulkindern. Um in den weiträumigen Gebieten funktionsfähige Schulen zu unterhalten, mußten überall von der Mission Schulinternate für die weitab wohnenden Kinder eingerichtet werden, für die seitens der Kolonialregierung sehr erhebliche Beihilfen gezahlt wurden, und es ist eine Infamie, wenn die heutigen Schulreformer behaupten, die Mission habe diese Internate nur eingerichtet, um besser Proselyten machen zu können.

Substanzielle Änderung der Schulpolitik im Jahre 1954

Als die nur durch den gemeinsamen Kampf gegen die christliche Partei in Belgien zusammengehaltene liberal-sozialistische Koalition an die Macht kam, schuf sie mit

Hast und unter Nichtachtung sehr vieler gesetzlicher Bestimmungen sowie ohne Befragen verantwortlicher Kolonialinstanzen einen staatlichen „neutralen“ Unterricht, der sich der tiefen Religiosität der Bantukultur entgegenstellte und auch die in jüngster Zeit vorgeschriebene Trennung der Einheimischen in den Schulen nach ihrer kulturellen Umwelt mißachtete. Man hatte nämlich verhindern wollen, daß die noch in der Brauchtumskultur lebenden Schwarzen des platten Landes in die Städte strömten und dort am Unterricht der Kinder teilnahmen, die schon in der geistigen Umwelt der westlichen Zivilisation lebten. Die Weisheit dieser Maßnahme sieht jeder Unbefangene ein. Aber die Reformen waren anderer Meinung. Mit der Einrichtung der Staatsschulen ging eine Agitation gegen die christlichen Schulen einher, zu der auch Presse und Rundfunk vom Staat in den Dienst gestellt wurden. Sofort begann man ferner mit Sperrung oder Herabminderung von vertraglich vereinbarten Zuschüssen für die Missionsschulen und Internate, mit Verweigerung von Mitteln für den Bau neuer Schulen in einem Lande, das einen nicht mehr zu bewältigenden Zustrom der Jugend zu den christlichen Schulen aufwies, und mit einer Fülle verwaltungstechnischer Schikanen. Stellenweise wurde die „neutrale“ Staatsschule der Bevölkerung einfach aufgezwungen, so in Urundi, wo die Vertretung des Landes sie einstimmig ablehnte. Da das Kolonial-Schulbudget begrenzt ist, die „neutralen“ Volksschulen z. B. aber zehnmal teurer kommen als die Missions-Volksschulen, müssen die Mittel für das Schulexperiment zwangsläufig dem eigentlich für die Mission vorgesehenen Schulfonds entzogen werden. Daher die unehrenhaften Finanzmanipulationen gegenüber den katholischen Schulen, die sich auch zur Stunde noch eines nicht zu bewältigenden Zustroms erfreuen. Hunderte neuer Klassen können wegen der gekürzten Finanzhilfe in den einzelnen Provinzen nicht eingerichtet werden. Dabei handelt es sich um ein Schulwerk, in dem die Mission fast 50 Prozent ihrer Priester eingesetzt hat und an dessen Aufbau in vielen Jahrzehnten Liberale und Sozialisten Belgiens dadurch mitwirkten, daß sie den christlichen Missionen bis 1954 fast das ganze Schulwesen im Kongo überantworteten!

Die Berufung auf die Gewissensfreiheit

Nach dem belgischen Kolonialminister Buisseret war einer der Gründe für die Einführung der „neutralen“ Schule die Sicherung der Gewissensfreiheit. Nach ihm sind die Heiden bisher gegen ihren Willen gezwungen worden, ihre Kinder in Konfessionsschulen zu senden. Das erscheint überzeugend, wenn man von belgischen Verhältnissen ausgeht, wo die Eltern die Wahl zwischen staatlichen und freien christlichen Schulen haben. Gewiß trifft man in einigen großen Zentren allmählich Schwarze, die auf ideologischem Gebiete Stellung nehmen, und niemand im christlichen Lager denkt daran, sich den Notwendigkeiten zu verschließen, die sich auf schulischem Gebiete ergeben, um Evoluierten, die die christliche Schule ablehnen, andere Schulmöglichkeiten zu geben. Aber die Masse der Kongolesen sah in der christlichen Schule kein Problem. Sie kann sich eine Erziehung ohne Religion nicht vorstellen. In dem Bestreben, die europäische Zivilisation sich anzueignen, betrachtete sie es als selbstverständlich, daß der Unterricht auf der Basis der „Religion der Europäer“ gegeben wurde. In den Schulen ist nie ein Druck zur Bekehrung ausgeübt worden, und sehr große

Prozente der Volksschulkinder verließen als Heiden die christliche Schule. Im übrigen sieht das noch in Geltung befindliche Schulabkommen von 1948 ausdrücklich vor, daß die Kinder auf Ersuchen der Eltern vom Religionsunterricht zu befreien sind. Aber bisher ist fast nie dies Ersuchen gestellt worden. Bei islamischen Kindern hat die Mission sogar wegen der mohammedanischen Geisteshaltung von sich aus verfügt, daß sie nicht den Religionsunterricht besuchen. Wie kann man da von Gewissensknechtschaft reden, zumal die Mission bei Übertrittsersuchen von Jugendlichen aus klugen Erwägungen heraus überall solche Konversionen eher erschwert als fördert? Es ist eine andere Frage, ob das Eindringen nichtchristlicher Ideen, das heute keine afrikanische Regierung mehr aufhalten kann, nicht in Zukunft die Lage der christlichen Schule erschwert und zur Einrichtung von Schulen für Kongolesen zwingt, deren Eltern nicht mehr die christliche Schule als Selbstverständlichkeit betrachten. Aber die derzeitige Regierung macht die Schule ohne weiteres zum Werkzeug einer nur aus europäischen Verhältnissen zu verstehenden laizistischen Politik. Sie klärt die kongolesische Bevölkerung darüber auf, daß europäische Zivilisation und christliche Zivilisation durchaus nicht zusammengehören. Dabei hat der sozialistische belgische Minister Spaak selbst des öfteren das Christentum als die Grundlage der europäischen Zivilisation genannt. Man wird unwillkürlich an die Islampolitik gewisser afrikanischer Kolonialmächte erinnert, die zum Werkzeug ihrer eigenen Austreibung aus Afrika geworden ist. Die laizistische Politik der Kongo-Regierung kann unmöglich einen anderen Endeffekt haben. Warnend erklärte am 25. Oktober 1956 in Brüssel der freigeistige Präsident des Cercle Royal Africain, Georges Lescornez, vor 400 Mitgliedern der Vereinigung: „Als Ungläubiger, der nicht in den Verdacht kommen kann, dem offiziellen Unterricht feindselig gegenüberzustehen, der aber den mystischen Charakter des Schwarzen kennt, frage ich mich angstvoll, ob man diesen nicht in dem Verlangen, ihn von jedem religiösen Glauben zu befreien, geradewegs in die Reihen der fanatisierten Mohammedaner treibt. Wer bei Beschwörung dieser Gefahr, die ich für drohender als die des Kommunismus halte, lächelt und die Schultern zuckt, dem möchte ich raten, sich Auskunft bei den zahlreichen Schwarzen zu holen, die im Osten der Kolonie die Sendungen von Radio Kairo in Suaheli abhören...“

Die Mittel der Werbung

Wenn man bedenkt, daß im Kongo bei 15 Millionen Einwohnern nur 70 000 Europäer leben, muß man erschrecken, wenn man erfährt, daß seit langem in den großen Städten bei Evoluierten unter den Schwarzen Haß gegen die „monpères“ (die Patres) gezüchtet und das Christentum vor ihnen herabgewürdigt wird. Diese Kreise, auf die die belgische Freimaurerei einen erdrückenden Einfluß ausübt, bekamen nach dem Regierungswechsel von 1954 Oberwasser. Sie behaupten öffentlich, die Missionare beuteten die Kinder zu selbstsüchtigen Zwecken aus, sie seien gegen die kulturelle und politische Hebung der Einheimischen, sie beanspruchten ein Schulmonopol usw. Man veranlaßte eine Flut von Petitionen Einheimischer an die Regierung, in denen die „Laienschule“ gefordert wurde. Diese Petitionen sind oft in Ausnutzung der Ahnungslosigkeit der Leute in unwürdiger Weise zustande gekommen. Es stellte sich meist heraus, daß die

Schwarzen unter „Laienschule“ eine von Laien geleitete Schule verstanden. Manche erhoffen sich von solchen „Laienschulen“ Vorteile materieller Natur, nachdem man ihnen gesagt hatte, diese Schulen würden allein staatliche Diplome geben, sie würden denselben Standard wie die belgischen Schulen haben, die besten Lehrmittel und den besten französischen Unterricht. Man hat in einigen Gebieten der Provinz Lulua den Schwarzen versprochen, sie würden Uniformen, gute Ernährung und gute Betten erhalten. In Stanleyville verhiess man den Kandidaten für die Staatsschulen drei Anzüge sowie Kleiderreparatur und Besorgung der Wäsche durch die öffentlichen Dienste. Nur gering ist die Zahl der Evoluierten, die aus Verstimmlung gegen die Mission oder aus dem Wunsche, sich von der christlichen Moral frei zu machen, oder wegen Mißerfolgen ihrer Kinder in den Missionsschulen den Laienunterricht wünschen. Den Laizismus als Weltanschauung versteht nur die kleine Schar, die von den antiklerikalen Kolonialweißen intensiv bearbeitet wurde. Bei der Aufnahme in die „neutralen“ Schulen sah man über alle Aufnahmebedingungen hinweg, die den Schulen durch Gesetz und Verordnung im Kongo auferlegt sind. Man nahm Jugendliche, die das vorgeschriebene Aufnahmealter längst überschritten haben. Man holte Dutzende von Kilometern weit aus den Dörfern die Jugend in die Stadtschulen, obwohl dies verboten ist. Alle, die aus irgendwelchen Gründen aus den Missionsschulen verwiesen waren, ließ man bereitwillig zu. Ein Drittel der Staatsschüler sind Protestanten. Diese haben die neutrale Schule willkommen geheißen, weil sie mit großen Schwierigkeiten in der Entwicklung des eigenen Schulwesens kämpften und weil sie auf diesem Wege zu größerem Einfluß in einem Lande zu kommen trachten, in dem die katholische Missionsschule bisher einen so hervorragenden Platz hatte.

Es ist verfrüht, zu sagen, daß das Experiment des Ministers Buissereit sich als Fehlschlag erwies, obwohl die Welle der „Neuheit“ des Ganzen schon abebbt. Die Kinder von Christen, die sich in der Staatsschule für den Religionsunterricht melden, sind ziemlich selten. An zwei Schulzentren haben die dort eingeschriebenen katholischen Schüler nach wenigen Monaten den Sakramentenempfang eingestellt. Anderswo wirkt sich der neue Geist in einem Nachlassen der Disziplin sowohl in den Staatsschulen als in den benachbarten katholischen Schulen aus. Es gibt aber auch Orte, wo der antiklerikale Geist der Staatsschule nicht so virulent ist, daß man schon heute die verderblichen Folgen sieht. In Luluaburg, einem der Zentren der Schulinitiative der Regierung, sind übrigens die Klassen der neuen prächtigen Schulgebäude nicht gefüllt, während die Zahl der katholischen Schulkinder von 6260 im Jahre 1954 auf 12723 in September 1956 stieg... Mangels Schulklokalen hält man zum Teil im Freien den Unterricht ab. Es fehlen für 107 Klassen die Schulräume. Besondere Schwierigkeiten bereitet den neuen Staatsschulen der allen Kindern zu erteilende allgemeine Moralunterricht. Man hat zu teuerem Preis erstklassige Pariser Schulbücher beschafft, die „wenigstens den laizistischen Geist achten“. An einigen Schulen beschränkt man sich mangels eines Besseren auf die Erteilung von Hygiene-Unterricht in der Moralstunde. Das alles trägt sich im Kongo zu, dessen geistige Entwicklung die „Pubertätskrise“ erreicht hat. Die „Revanche-Koalition“ in Belgien glaubte den Kongo

von der „Revanche-Politik“ nicht ausschließen zu sollen. „Der Schaden, den die augenblickliche Regierung den Missionen antut, ist vielleicht wiedergutzumachen, der Belgien zugefügte Schaden aber nicht mehr“, sagte ein katholischer Bischof („Agenzia Fides“, franz. Ausgabe, 22. 12. 56). Man kann hinzufügen, daß vielleicht auch der kongolischen Bevölkerung ein unwiderruflicher Schaden zugefügt wurde. Ein Blick auf die Gesamtlage in Afrika zeigt sogar, daß dies Unglück vielleicht selbst Folgen für das benachbarte Französische Afrika haben wird, wo man nach Jahrzehnten laizistischer Schulpolitik einen Weg der verständnisvollen Zusammenarbeit mit der christlichen Missionsschule begonnen hatte, und zwar auf Verlangen der Einheimischen selbst.

Die grundsätzliche Haltung der Kirche

Umreißen wir zum Schluß die Haltung der Bischöfe und der Missionare zum Schulkonflikt. In einem Brief an den Kolonialminister vom 25. 7. 54 erklärten die Bischöfe des Kongo, daß die Kirche ein Recht auf die Schule habe, das unveräußerlich ist, und daß sie wegen eines von ihr im Auftrag der Regierung aufgebauten Schulwerks enormen Ausmaßes ein zusätzliches Recht auf Schutz und Förderung ihrer Schulen besitze. Eine Abwägung des katholischen Schulwesens sei in einer Stunde, wo die von den alten einheimischen Sitten aufgerichteten sittlichen Schranken zusammenbrechen, ein Verhängnis. Ohne die genaue und starke religiöse und sittliche Lehre der Kirche könne man im Kongo keine neuen Dämme aufrichten, die die Würde der menschlichen Persönlichkeit schützen. Eine religionslose Erziehung bei Völkern, die ein so starkes naturhaftes religiöses Verlangen haben, müsse zu Anarchie und Unordnung führen.

Die Bischöfe, so erklärte ferner der Apostolische Vikar von Léopoldville am 30. 9. 54, seien nicht im Prinzip gegen den sogenannten offiziellen Unterricht. In Erziehungsfragen müsse man zuerst die Rechte der Eltern achten, die zu bestimmen hätten, welche Schule ihre Kinder besuchen. Dazu seien die Rechte der Kirche zu wahren. Wenn diese Rechte geachtet würden, könne man in gewissen Fällen die Schaffung eines staatlichen Unterrichtes billigen.

Der Widerstand der Missionen richtet sich also nicht gegen die Gründung solcher Schulen da, wo sie gerechtfertigt sind. Es gab schon vor dem Schulkampf für gewisse Spezialaufgaben im Kongo Staatsschulen, gegen die niemand Einwand erhob. Die Missionen wenden sich aber gegen die antiklerikale Atmosphäre, in der die neuen Schulen gegründet werden, und gegen den Geist, mit dem man sie erfüllt. Sie wenden sich dagegen, daß man die Staatsschule zum Instrument der Politik macht. Sie wenden sich gegen die Methoden, mit denen man das eine Schulsystem herabwürdigt, um das andere zu heben. Sie protestieren dagegen, daß man zweierlei Recht für die Schularten schafft und die Missionsschulen zwangsweise in einem Zustand der Armut läßt, um ein reichdotiertes Staatsschulsystem dagegenzustellen und die Schwarzen so dahin zu locken. Sie wenden sich schließlich dagegen, daß man stets beteuert, die Missionsschulen hätten gleiches Recht wie die Staatsschulen, während man ihnen tatsächlich das gleiche Recht verweigert. Das schlimmste am Schulkampf im Kongo ist die Doppelzüngigkeit, Hinterhältigkeit und Unehrllichkeit, mit der er von gewisser Seite geführt wird.

Das algerische Drama

Das algerische Drama (wie es die französische Presse häufig nennt), der Kampf zwischen Franzosen und Mohammedanern in Algerien, geht weiter und fährt fort, die Debatten des französischen Parlaments zu speisen, die Gewissen, insbesondere der französischen Katholiken, zu beunruhigen und einen der großen Gefahrenpunkte der gegenwärtigen Weltlage zu bilden. In der ungeheuer verworrenen Situation, die in Algerien herrscht, inmitten von Haß, Rebellion und Bluttaten muß es für jeden Christen ergreifend sein, die unermüdlige Stimme eines wahrhaften Bischofs und Hirten aller in den immer neuen Aufrufen und Mahnungen des Erzbischofs von Algier, Msgr. Duval, zu hören. Sie gelten in übertragenem Sinn für die gesamte Weltlage heute, und wir geben daher auch in diesem Heft wieder zwei dieser kurzen Hirtenworte wieder.

Am Sonntag, dem 3. Februar, wurde in allen Kirchen der Erzdiözese folgender Aufruf verlesen:

„Schon häufig habe ich euch vor der gefährlichen Versuchung gewarnt, eure Zuflucht zu ungerechter Gewalt zu nehmen. Heute ist es meine Pflicht, euch zu ermahnen, euch nicht von denen mißbrauchen zu lassen, die die äußerste Verwirrung, die in den Geistern herrscht, ausnutzen und sich auf die christliche Zivilisation berufen, ja sogar christliche Banner hissen, um eure Gutgläubigkeit zu überrumpeln und euch zu Methoden zu verleiten, die euer christliches Gewissen ablehnt.

Es ist niemals erlaubt, auch nicht für eine gerechte Sache, ungerechte Mittel zu ergreifen.

Wir haben nie gelehnet, wir haben vielmehr wiederholt bekräftigt, daß es ein Recht auf legitime Verteidigung gibt; aber Böses mit Bösem vergelten bedeutet, vom Bösen besiegt zu sein. Verbrechen mit Verbrechen zu beantworten, ist eine Schande. Sich an Unschuldige heranzumachen, um ihnen grausame Leiden zuzufügen, ist eine Schmach. Sich das Eigentum anderer anzueignen, ist Diebstahl; wer ihn begeht, ist zur Rückerstattung verpflichtet.

Wir müssen das Böse durch das Gute besiegen (Paulus). Wer anders handelt, richtet seine Seele zugrunde und führt zugleich Algerien zum fürchterlichsten Unglück, zerstört die eigene Zukunft und die seiner Familie.

Wer der Rache und dem Haß absagt, beweist seine Kraft. Sein Leben verkündet die Gerechtigkeit seiner Sache, und Gott ist mit ihm.

In den furchtbaren Stunden, die wir durchmachen, besteht eure wichtigste Pflicht darin, Zeugen eures christlichen Glaubens in der Treue zu den Geboten Christi und der Verbundenheit mit eurer heiligen Mutter der Kirche zu sein.

Die Liebe ist es, in der ihr die Zukunft bereiten müßt. Ich wiederhole euch meinen Aufruf zum Gebet. Unsere Liebe Frau von Afrika möge ihre Macht in diesem Lande beweisen, das unter ihrem Schutz steht.“

In einer etwas früheren Erklärung (auf die die letzten Worte der obigen Aufforderung verweisen) hatte der Erzbischof gesagt:

„Ich habe euch schon oft zum Gebet aufgefordert. Mein heutiger Aufruf ist von außergewöhnlichem Ernst getragen. Seit zwei Jahren haben Haß und Uneinigkeit in diesem von schrecklichen Zuckungen geschüttelten Algerien Unordnung und Chaos hervorgebracht. Täglich dehnt der Tod seine Herrschaft weiter aus. Die Zukunft erscheint voller Drohungen.

Wendet eure Herzen Gott zu. Vergesst nicht, daß er in

seiner väterlichen Güte der Herr der Geschicke der Erdenvölker ist; alle menschlichen Freiheiten liegen in seinen Händen. Ein Wort von ihm genügt, und alles ist gerettet. Dieses Wort wartet nur auf euer Gebet, um von seinem Munde auszugehen.

Betet für die, die die Macht in der Gesellschaft in Händen haben. Der Herr ‚lenke durch die Gabe seiner Güte und seiner Barmherzigkeit ihre Gedanken zur Gerechtigkeit und zum Frieden‘ (Karfreitagssliturgie), ‚damit wir ein ruhiges, stilles Leben führen können in aller Frömmigkeit und Würde‘ (1 Tim. 2, 2).

Betet für die Toten, die Verwundeten und die Familien in Trauer.

Betet für die unendliche Masse der Armen, denen die Fortdauer des Bürgerkriegs unaussprechliche Leiden bringt.

Betet für die Versöhnung der Geister und der Herzen.

Betet für jeden von euch, damit er an dem Platz, an den Gott ihn gestellt hat, ein Werkzeug des wahren Friedens sei, der aus Gerechtigkeit und Liebe entspringt.

Betet, daß das Feuer eingestellt und kein Blut mehr vergossen wird und daß man den Frieden mit friedlichen Mitteln suche (Augustinus, Brief 229).“

Erzbischof Duval forderte dann zu einer Gebetsnovene für den Frieden vom 2. bis 11. Februar auf und kündete eine Wallfahrt zur Mutter Gottes von Afrika am 9. Februar an.

Man weiß, daß, obwohl die Katholiken Algeriens fast ausschließlich dort lebende Franzosen sind, die mohammedanische Bevölkerung Algeriens und ganz Nordafrikas doch auf die Stimme des Erzbischofs von Algier mit großer Ehrfurcht lauscht.

Ökumenische Nachrichten

Ein Vorschlag Die Züricher „Orientierung“, das **Oscar Cullmanns** Organ des Apologetischen Instituts des Schweizer Katholischen Volksvereins, greift einen bemerkenswerten Vorschlag des bekannten evangelischen Exegeten Oscar Cullmann, Basel-Paris, auf, den dieser anläßlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen in Zürich gemacht hat (Nr. 2, 31. 1. 57). Dieser Vorschlag legt ein bedeutendes Beispiel der Urkirche, die Geldsammlungen des Apostels Paulus für die judenchristliche Gemeinde in Jerusalem, zugrunde und lautet: An einem Sonntag des Jahres, am besten während der Gebetswoche für die Einheit der Christen, möchten die Protestanten eine Geldsammlung zugunsten der Katholiken veranstalten und die Katholiken zugunsten der Protestanten, und zwar als Opfer für die Wiedervereinigung. Diese Einheit der Kirche, für die selbst Paulus Opfer gebracht habe, könne auch heute nur durch Opfer erfleht werden, denn nur Opfer machen die Gedanken der Einheit zur Wirklichkeit. Dazu bemerkt die „Orientierung“ zweierlei. Zunächst zur Deutung der bekannten Kollekte des Apostels für Jerusalem. Cullmann meint, der Konflikt zwischen Paulus und Petrus über die Frage, ob die für Juden verpflichtende Beschneidung auch für die Heidenchristen gelten soll, sei nach Galater 2 auf einem Konzil dahin entschieden worden, daß keine Partei der anderen ihre Lehrmeinung aufzwang. Man habe sich zu einem Kompromiß entschlossen, die Missionsgebiete aufzuteilen und die Heiden nach der Lehre des Paulus zu missionieren,